

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 34.

Montag, den 10. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neue Mainlinie.

W. B. Seit mehr als vierzig Jahren ist in Süddeutschland die Abneigung gegen Preußen niemals mehr so stark hervorgetreten, wie gegenwärtig. Aber vor der Gründung des Nordbundes und des Deutschen Reichs hatte dieser Zwiespalt einen ganz anderen Charakter. Damals stritten sich Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland. An der „Mainlinie“ hörte die preussische Machtpolitik gegen Süden zu auf und die österreichische begann. Aber auch der Norden stand nur zum Teil unter preussischem Einfluß, denn Hannover und Sachsen hielten auch zu Österreich. Auch nachdem Österreich in dem Bruderkrieg von 1866 unterlegen war, wollte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Süddeutschlands von einem Anschluß an Preußen nichts wissen. Erst der Sieg über Frankreich, gegen das sich die einzelnen deutschen Staaten rasch verbunden hatten, machte die Gründung eines Deutschen Reiches möglich. Die Einheit wäre durch die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wohl auch gekommen und wenn auch später, so doch ohne Blutvergießen. Die nationalliberalen „Patrioten“ werden das nicht begreifen wollen. Die zukünftigen Geschichtsschreiber werden uns recht geben, wenn einmal der systematisch betriebene Bismarck-Kultus nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Die Parteien, welche Bismarcks diplomatisches Spiel durchschauten, namentlich die Sozialdemokratie protestierten gegen die gewaltsame Annektion von Elsaß-Lothringen und betonten, daß eine Einheit ohne freiheitliche Institutionen von geringem Werte sei. Aber die Mehrheit des deutschen Volkes ließ sich die Einheit mit der preussischen Spitze gefallen und Bismarck hatte mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts sich in den Ruf eines „liberalen“ Staatsmannes gebracht, wenigstens bei dem „liberalen“ Bürgertum, welches so borniert war, daß dieser märkische Junker förmlich Fangball mit seinen parlamentarischen Vertretern spielen konnte.

Noch war aber kein Jahrzehnt nach Gründung des Reiches verstrichen, als Bismarck die „liberale“ Maske abwarf. Er benutzte die beiden Attentate von 1878, die von zwei Narren gegen den alten Kaiser Wilhelm unternommen wurden, um ein Ausnahmegesetz gegen die kräftig aufstrebende Sozialdemokratie durchzuführen und damit zugleich die nationalliberale Partei zu sprengen. Alsdann begann die neue Zoll-, Steuer- und Wirtschaftspolitik, mit welcher er seiner verkrachenden Junkerkaste zu Hilfe kam. Das Reich wurde nun der Schauplatz der agrarischen Beutezüge, die uns die Lebensmittelerhöhung gebracht haben. Das allgemeine Wahlrecht hätte Bismarck dem deutschen Volke gern wieder genommen, wenn er nur einen bequemeren Weg dazu hätte finden können. Indessen wurde Deutschland in das unheimliche Weltreich hineingezogen, und nach Bismarcks Sturz begann die Ära der Flottenpolitik, die sich an die Kolonialpolitik anknüpfte.

Mit dieser Kräftigung der Junkerkaste gewann eine reaktionäre Strömung in Preußen die Oberhand. Diese Kaste hatte schon 1848 erklärt, daß nicht ein geeintes Deutschland, sondern ein großes Preußen ihr Ziel sei. Sie hat immer den großpreussischen Partikularismus vertreten und vertritt ihn heute noch. Die erfolgreichen Beutezüge machten sie übermütig. Sie wollten im Reiche unbedingt herrschen und deshalb feindete sie das allgemeine Wahlrecht an. Sie suchten überall partikularistisch preussische Einflüsse gegenüber der Reichsgesetzgebung zur Geltung zu bringen. Am liebsten möchte sie es dahin bringen, daß ganz Deutschland sich nach den Beschlüssen des preussischen Landtages zu richten hätte. Die Privilegien der Junker — die 15 000 Gutsbezirke usw. — werden in Preußen sorgfältig aufrecht erhalten. So gelangte jener reaktionäre Geist, der sich in Preußen jedem zeitgemäßen Fortschritt in den Weg stellt und wahrhaft mittelalterliche Blüten zettigt, zum Durchbruch.

In Süddeutschland nehmen die Dinge einen anderen Entwicklungsgang. Die Regierungen wurden dort vom Volke gedrängt, nach der demokratischen Seite hin Zugeständnisse zu machen. Die preussischen Junker tobten vergeblich dagegen. So kam es naturgemäß, daß der Gegensatz zwischen Norden und Süden immer schärfer hervortrat. Wo man von Preußen aus in die Verhältnisse Süddeutschlands eingreifen konnte, geschah es. So wurden die in Süddeutschland begonnenen Eisenbahnreformen, die vom Volke als wohltätige Neuerungen begrüßt worden waren, durch die preussische Eisenbahnpolitik zunichte gemacht. Der neue Reichsvereinsgesetzentwurf wird, wenn er etwa Gesetz werden sollte, in Süddeutschland an Stelle alter Rechte und Freiheiten den preussischen Polizeigelst einführen.

So ist wiederum eine Art Mainlinie geschaffen worden. Aber es ist nicht die Mainlinie von 1866, an der sich die feindlichen Einflüsse Preußens und Österreichs begegneten. Diese neue Mainlinie trennt Süddeutschland nur vom preussischen Junkertum, aber nicht vom preussischen Volke. Denn inzwischen hat in Preußen selbst das Volk einen großen Kampf gegen das Junkertum begonnen und der Hauptangriff richtet sich gegen das Dreiklassenwahlrecht, das eine der stärksten Stützen der preussischen Reaktion bildet. Das Volk in Norddeutschland und das Volk in Süddeutschland reichen sich über diese neue Mainlinie hinüber brüderlich die Hände. Alle wahrhaft freiheitlich gesinnten Elemente südlich und nördlich des Mains sind noch selten so einig gewesen wie gegenwärtig in dem Gedanken, daß die preussische Junkerherrschaft aufs entschiedenste bekämpft werden müsse. Die klassenbewußten Arbeiter bilden wie immer die Vorhut in diesem großen Kampfe, der nicht endigen wird, bevor die junkerliche Reaktion überwunden ist.

Sechzig Millionen Menschen wohnen heute im Reiche und diese werden wohl mit einer kleinen überlebten Kaste fertig werden. Dann erst wird die deutsche Einheit eine wirkliche sein, wenn der junkerlich-preussische Partikularismus beseitigt ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Reichsvereinsgesetz.

Die Kommission für das Vereinsgesetz setzte die Beratung des § 3 fort, der von der Anzeigepflicht bei Versammlungen handelt. Die Verhandlung drehte sich hauptsächlich darum, ob auch öffentliche Versammlungen und Wahlversammlungen der Anzeigepflicht unterliegen sollen. Sozialdemokraten und Freisinnige beantragten, diese beiden Versammlungsarten von der Anzeigepflicht auszunehmen. Der Staatssekretär erklärte, daß eine Befreiung öffentlicher Versammlungen, die sich mit den Gegenständen beschäftigen, die im § 152 der Gewerbeordnung umgrenzt seien, also mit der Erörterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, von der Anmeldepflicht den Entwurf für die Regierung wahrscheinlich unannehmbar machen würde. Ein bayerischer Abgeordneter erklärte, in Bayern seien die Wahlversammlungen bereits frei und sie wollten sich ihre Rechte durch die Preußen nicht schmälern lassen. Bei der Abstimmung wurde zunächst auf Antrag der Sozialdemokraten und Freisinnigen der Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ durch „politische Angelegenheiten“ ersetzt. Angenommen wurden auch die Anträge auf Befreiung der Wahlversammlungen und der gewerkschaftlichen Versammlungen von der Anzeigepflicht und der Überwachungsbesugnis. Schließlich wurde auch noch beschlossen, daß die öffentliche Bekanntmachung die Anzeige bei der Polizei ersetzen kann. Für diesen Fall hat jedoch die Behörde Anordnungen zu treffen, in welcher Weise die Bekanntmachungen zu erfolgen haben. Diese Fassung nahm die Kommission mit 20 Stimmen gegen die sechs konservativen Stimmen an. Ob die Regierung nun wohl nachgeben wird angesichts einer solchen Mehrheit?

Die Zwangsenteignungsvorlage gegen die Polen.

Der „Tag“ meldet, daß der Herrenhauskommission für die Polen vorlage Anträge unterbreitet worden sind, die darauf hinauslaufen, den ererbten Grundbesitz von der Enteignung auszuschließen; möge es sich um polnischen oder deutschen Besitz, um das Eigentum von Privaten oder von öffentlichen Korporationen (Kirchen, Schulen usw.) handeln. Wie es heißt, sollen die Anträge Aussicht auf Annahme haben. Jedenfalls ist eine starke Strömung für sie vorhanden. Im Falle der Annahme durch die Kommission und das Plenum des Herrenhauses müßte die Vorlage natürlich an das Abgeordnetenhaus zurückgehen. Von der Regierung werden die Anträge voraussichtlich lebhaft bekämpft werden.

Ein Aufruf gegen die Enteignungsvorlage zirkuliert gegenwärtig unter den deutschen Großgrundbesitzern der Provinz Posen. Der Aufruf soll den Mitgliedern des Herrenhauses zugestellt werden. Auch die deutsche Geschäftswelt Posens beginnt, gegen das Enteignungsgesetz Stellung zu nehmen. Eine entsprechende Erklärung wurde schon am ersten Tage ihres Umlaufs von etwa hundert deutschen Geschäftsinhabern unterzeichnet, darunter die Namen der größten Firmen, und übereinstimmend wurde von den Unterzeichnern erklärt, daß sie sich für die Tausende von Unterschriften deutscher Kollegen in der Provinz verbürgen könnten.

Fürstenblut und Bürgertränen.

Mord bleibt Mord, einerlei, ob er an einem König von Portugal oder an einem Häuptling der Hereros begangen wird, von gemieteten Briganten oder von einem

wohlbestallten Henker im Namen des Gesetzes. Das ist der Grundlag, zu dem sich die moderne Zivilisation durchgerungen hat, die bekanntlich selbst an dem schlimmsten Verbrecher nicht mehr Vergeltung üben, Rache nehmen zu müssen glaubt, sondern nur ihn unschädlich machen und eventuell bessern will. Weshalb denn auch die „Kreuzzeitung“ es bitter bedauert, daß man die Mörder des Königs Carlos nicht würde köpfen können, da dort die Todesstrafe abgelehnt sei. Andererseits ist es jetzt bekannt, daß die sozialistischen wie die liberalen Parteien Rußlands eine eifrige Agitation für die Abschaffung der Todesstrafe betreiben. Wenn das russische Volk in die Lage kommen sollte, über seinen Kaiser zu Gericht zu sitzen, kann man demnach mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß man sein Leben schonen und veruchen wird, ihn zu einem nützlichen Bürger heranzubilden. Das wäre auch politisch das Klügste. Denn die Erfahrungen Frankreichs mit Ludwig XV., sowohl wie die Erfahrungen Preußens in Hannover haben gelehrt, daß man mit einer Dynastie am ehesten fertig wird, wenn man ihr das Vermögen entzieht. Nimmt man einem Fürstenhause das Haupt, so setzt es neue Häupter auf; wenn es aber kein Geld mehr hat, so geht sein Gottesgnadentum sicher verloren.

Wir fordern also nicht, wie einst die Bourgeoisie, „Sparrenblut“. Allein, ob Fürstenblut, ob auf der Straße vergossenes Blut des Volkes, das Blut hat in unseren Augen das gleiche spezifische Gewicht und den gleichen moralischen Wert. Wir machen hier keinen Unterschied, und das unterscheidet uns von der bürgerlichen Menschenfreundlichkeit. Das Mitgefühl der Bourgeoisie entwickelt sich im umgekehrten Verhältnis zu der sozialen Pyramide: es ist tief unter dem Gesichtspunkt gegenüber den breiten Volksmassen, wo die Not und das Leid am größten sind; es erwärmt sich in dem Maße, wie die soziale Schicht sich verbünnt, und erhält eine Fieberglut auf den Höhen, wo die Fürsten stehen.

Diese treffende Antwort des „Vorwärts“ gilt allen, die sich darüber aufhalten, daß die Sozialdemokratie beim Tode von Carlos von Portugal nicht mit dem Bürgertum zählen vergift.

Ein ehrender Haß.

Die „Freisinnige Zeitung“ titulierte den bekannten Linksliberalen Dr. Breitscheid, der augenblicklich in Süddeutschland Vorträge über die preussische Wahlrechtsreform hält und scharf gegen die Blockpolitik und die freisinnigen Helden vorgeht, mit den anmutigsten Ausdrücken. Breitscheid gehe mit seiner Wahlrechtsdemagogie haustieren; es heißt: „Es verdient auch bemerkt zu werden, daß selbst die von Dr. Breitscheid inspirierte Resolution des Liberalen Vereins (in Stuttgart) sich scheut, den Namen „sozialdemokratisch“ auszusprechen, und nur von einem „Zusammengehen aller demokratischen und freiheitlichen Elemente“ spricht. Ob sich hierin ein letzter Rest von Scham oder ein neuer demagogischer Trick kundgibt, das wollen wir unentschieden lassen.“

Man beachte: das sind die nämlichen Leute die sich nicht nur fortwährend über sozialdemokratischen Sauberheiten entrüsten, sondern von „Regerieckerei“ und „Terrorismus“ reden, wenn in der Sozialdemokratie Differenzen über Dinge ausgetragen werden, die unsere Partei ein wenig mehr ehren als die „Liberalen“, die allen ihren Mitgliedern Prinzipienverrat aufzwingen wollen.

Das „Dreknest“ an der Sonne.

Die Budgetkommission des Reichstags hatte sich mit dem Etat der ostasiatischen Expedition zu befassen. Die Ausgaben dafür belaufen sich auf nicht weniger als 6 131 295 Mark. Dabei sind nur noch 700 deutsche Soldaten in China, und diese werden als Wache für die Gesandtschaft benützt. Jeder Mann kostet also 10 000 Mark dem Reiche. Seit 10 Jahren geht die Geschichte fort, so daß insgesamt 300 Millionen aufgewendet worden sind, während China 274 Millionen Kriegentschädigung gezahlt hat.

Wie mit den Geldern umgesprungen wird, mögen diese Zahlen beleuchten: Der kommandierende Oberlieutenant bezieht 12 105 Mark Gehalt, 18 000 Mark Dienstzulage. Für die ganze Truppe werden eine halbe Million an Feuerzulagen gefordert. Den Offizieren werden extra chinesische Diener gehalten. Für je vier evangelische und katholische Gottesdienste sind 5000 Mark in den Etat eingestellt worden. Zu jeder Predigt läßt man die Geistlichen eine Reise von Singtau nach Tientsin und Peking machen, die 16 bis 19 Tage dauert. Für den Abgang an Feldgeschützlichen werden 2 Mark gefordert, was auf starke Abnutzung nicht schließen läßt.

Der Etat wurde von der Kommission bewilligt, nachdem die Regierung mitgeteilt hatte, daß eine Verminderung

oder Zurückziehung der Truppen nicht möglich sei wegen der „politischen Situation“ in China. Amerika und andre Länder halten allerdings nur eine Truppe von 200, 100 oder gar 30 Mann zum Schutze der Gesandtschaften. Das starke Deutsche Reich aber macht's nicht unter 700!

Italien.

Der gerichtete König. In der Kammer pöbelte der reaktionäre Abgeordnete Santini die äußerste Linke an, die bei der Abstimmung der Sympathieerklärung für die portugiesische Königsfamilie sitzen geblieben war. Die Republikaner und Sozialisten unterbrachen stürmisch den Denunzianten. Ferri ruft in großer Erregung: Das Volk hat das Recht, einen König, der in sündlicher Weise die Verfassung mit Füßen tritt, zu richten. Diesen Worten folgte ein großer Lärm, der sich erst legte, als der Präsident mit der Aufhebung der Sitzung drohte.

Niederlande.

Kolonialhelden dürfen nicht behelligt oder getadelt werden. Die Königin der Niederlande, hat, als sie durch eine Kammerdebatte Kenntnis von den Greueln in indischen Kolonialreich bekam, mit großer Entschiedenheit verlangt, die Frauen- und Kinderschächter unschädlich zu machen, sie hat den indischen Generalgouverneur angewiesen, mit aller Energie gegen die Kolonialbestien vorzugehen. Wie zu erwarten stand, ist nun die ganze Kapitalistensippchaft über das im Interesse der Menschlichkeit erfolgte Eingreifen der Königin erbittert; da sie sich aber an diese nicht herantraut, richtet sie die Angriffe gegen den Generalgouverneur van Heuz, der das bekannte „Prellige“ geschädigt habe. Nach ihrer Angabe wird in Indien das persönliche Eingreifen des indischen Generalgouverneurs von Henz in Utjeh als eine nicht mehr wieder gutzumachende Schädigung für das Ansehen des Gouverneurs von Utjeh, van Dalen, aufgefaßt. Segen von Dalen ist wegen Aufhebung von Steuern, übermäßigen Heranziehens der Eingeborenen zu Zwangsdiensten und anderweitiger Plagen eine Untersuchung eingeleitet. Die schärfsten Vorwürfe sind von indischen Blättern namentlich hinsichtlich der überaus grausamen Kriegführung von Dalens in Utjeh erhoben worden; er ließ schon 1904 als Kommandant gleichzeitig mit den Widerstand leistenden Gajus-Kriegern bei Likar und Langkat über dreihundert Frauen und Kinder niedermachen, die allerdings von den Gajus zur Teilnahme an dem Kampf gezwungen worden waren. Das ist bisher immer die Methode der indischen „Kriegshelden“ gewesen; ihre „Erfolge“ gegen die Eingeborenen bestanden in der Regel darin, das irgend ein Dorf eingenommen wurde, wobei dann neben den Männern stets auch Frauen und Kinder „fielen“, wie der technische Ausdruck für das Abgeschlachtwerden lautet.

Serbien.

Er hat auch seine gute Seite, nämlich der Kronprinz. Er richtete nämlich an den Präsidenten der Skupstina, Kuba Ivanovič, ein Schreiben, in dem er erklärt, daß er die in dem diesjährigen Budget für ihn vorgesehene Spanne mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Landes nicht annehmen, und von ihr an einem späteren Zeitpunkte nur dann Gebrauch machen werde, wenn sie von sämtlichen politischen Parteien votiert würde. Diese Nachricht rief in der Stadt den besten Eindruck hervor. In einer Sitzung des Ministerrats soll die Frage der Stellungnahme der Regierung zu der durch das Schreiben des Kronprinzen geschaffenen Lage gelöst werden.

Portugal.

Der flüchtige Franco. Der Exdiktator Franco ist nach seiner plötzlichen Flucht aus Lissabon mit seiner Frau und seinem Sohne in Bordeaux eingetroffen. Er weigerte sich, irgend jemand zu empfangen und sagte, daß er nach Paris weiterreisen werde. — Das Madrider Blatt „Española Nueva“ veröffentlicht einen Brief, den Franco vor seiner Abreise von Madrid an dieses Blatt gerichtet hat. Er sagt darin: „Ihr Blatt gehört zu denjenigen spanischen Blättern, die über mich das härteste Urteil fällten. Ich hege keinen Groll gegen Sie, weil ich glaube, daß allein meine Landsleute mit der Zeit imstande sein werden, meinem Werke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich fürchte nicht das Urteil der Geschichte und bitte Sie nur, die Meldungen über Szenen, die sich zwischen den Königinnen Maria Pia und Amalie und mir abgepielt haben sollen, als falsch zu kennzeichnen. Welche Meinung die Königinnen auch immer von mir haben mögen, ich empfinde von ihnen nur Zeichen der Achtung. Was meine Abreise aus Portugal betrifft, so gehorche ich Gründern, über die die Zeit Aufklärung bringen wird. Ich bin der Überzeugung, immer ein guter Portugiese gewesen zu sein.“ — Dieses Schreiben kennzeichnet zur Genüge den Mann, der Portugal ins Unglück gestürzt hat.

Marokko.

Die deutsche Regierung scheint die Absicht zu haben, in die marokkanischen Angelegenheiten aus neue einzugreifen. Den Anlaß dazu bietet die Bitte der beiden Sultane um deutsche Hilfe. Die Regierung beabsichtigt, wie es heißt, ihre Antwort in kürzester Zeit zu veröffentlichen. Eine offizielle Auslassung der „Königlichen Ztg.“ teilt darüber folgendes mit: „Man kann sicher sein, daß die Antwort sich unter allen Umständen in denjenigen Grenzen bewegt hat, wie sie durch den Vertrag von Algieras vorgezeichnet ist. Das Eingreifen einer einzelnen Vertragsmacht erscheint demnach ausgeschlossen. Dagegen würde es der allgemeinen Lage entsprechen, wenn die beiden Sultane aus die wiederholten Erklärungen hingewiesen worden wären, durch die Frankreich sich zur strengen Beobachtung der Akte von Algieras verpflichtet und dementsprechend auch eine Begrenzung seines militärischen Vorgehens zugesichert hat. Diese Antwort war ebenso korrekt wie die Frankreich gemachte Mitteilung, die vor vom Stille fremdschifflicher und ehlicher Seemann getragene wurde.“ — Es ist nicht zu verkennen, daß die imperialistischen Politiker Frankreichs wie Deutschlands wieder Vorgehen beider Länder mit der größten Auf-

merksamkeit die Vorgänge verfolgt. Saurès wird die Marokkoangelegenheit neuerdings zur Sprache bringen, und Pichon hat sich, wie aus Paris gemeldet wird, bereit erklärt, Montag über die von Abdül Afis und Mulay Hafid bei Deutschland unternommenen Schritte Auskunft zu geben. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Welchen Zweck haben die jüngsten militärischen Operationen des Generals d'Amade? Ist es richtig, daß Abdül Afis sich an Deutschland gewandt? In welcher Absicht? Ist es richtig, daß Deutschland der französischen Regierung davon Mitteilung gemacht und wann hat es diese Mitteilung gemacht?“

22 Pfennige!

Bei der Beratung des Militärstats im Reichstage hat wieder einmal Herr v. Oldenburg-Sanuskau eine seiner bekannten Attacken in das unbegrenzte Gebiet seiner beschränkten Verstandesmöglichkeiten geritten, selbstverständlich unter dem jubelnden Beifall aller Sippenfreunde auf der rechten Seite des Hauses. Er hat dabei natürlich wieder die historische Sunkertreue bis zum Tod für König und Vaterland in bengalischem Glanze erstahlen lassen. Nebenbei bemerkt: wo war denn in den Tagen der Schande vor Hundert Jahren bei einem großen Teile der Sunkeralthen diese Sunkertreue? Du ahnst es nicht, würde Herr v. Oldenburg burchikos sagen.

Was aber die strahlenden Meriten der preussischen Sunker bei Mez anlangt, so soll nicht bestritten werden, daß sich die Offiziere damals tapfer gezeigt haben; aber auf jeden gefallenen Sunker kommen immer noch viele Hundert Gefallene aus dem Bürger- und Arbeiterstande. In dem Meer von Bürgerblut stößt eben immer nur hin und wieder ein Bächlein vielleicht blauschimmernden Sunkerblutes. Fürst Bismarck ist ja für Herrn von Oldenburg und all seine Freunde ein Nationalheiliger. Er schrieb in den Tagen von Mez an seine Frau: Wenn man den wunderbaren Todesmut und die großartige Tapferkeit und Draufgeberei der Truppe und des gemeinen Mannes von dem großen Erfolge dieser Kämpfe in Abzug brächte, würde für die Leitung und geniale Führung ein verdammt anderes Resultat herauskommen. So urteilte der Sunker Bismarck.

Aber der gemeine Mann prahlt nicht, er hat keine Meriten. Diele hat nur der Sunker, wenigstens zeigt er sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Es wäre aber auch noch „doller“, um mit Herrn v. Oldenburg zu sprechen, wenn die Sunker im Kriege nicht ihre Schuldbiligkeit tun würden, nachdem sie in den langen Friedenszeiten sich immer als die Edelsten und Besten der Nation aufspielte und mit dem Säbel gerastelt und aus der großen Staatskrippe die jetzigen, besten und größten Bissen für sich verlangt und bekommen haben. Sie, die diese Staatskrippe immer als die große Versorgungskrippe für Söhne und Töchter beanspruchen. Das ist eben die andere Seite der „Meriten“.

Der gemeine Mann hat keine Meriten. Er diene seine Zeit und bekommt noch immer wie vor 1848, also vor mehr als 60 Jahren, täglich seine 22 Pf. Löhnung. Ist das nicht geradezu eine lapidare Anklage gegen diese Sunkerkreise? In der Uniform stehen sie dem gemeinen Manne doch angeblich merkwürdig nahe, und da ist ihnen in der langen Zeit noch nicht der Gedanke gekommen, daß für ihn auch etwas gegeben werden muß!

22 Pfg. waren schon vor 1848, also vor 60 Jahren, bitterwenig, wie mein Vater aus seiner Militärzeit uns Jungen erzählte, aber sie waren doch damals mehr wert als heute 50 Pfg. Aber heute noch, nachdem diese glorreiche Armee drei beispiellos siegreiche Kriege ausgefochten, bekommt der gemeine Mann noch immer diese 22 Pfg. und muß sogar noch sein Putzeug davon bezahlen! Aber es muß so sein, der „gemeine Mann“, der auf den Gütern der Sunker reichlos und in Verdriekheit gehalten wird, soll beim Militär nur gar nicht verwöhnt und zur Aupigkeit erzogen werden!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 10. Februar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Ein „nützliches Element“ als Einbrecher. Zu einer traurigen Verühmtheit ist während des Solgarbeiterstreiks der Tischler Burlage gelangt. Derselbe war zwar nicht gerade hervorragend tüchtig in seinem Handwerk, im Gegenteil: aber er verstand es, sich dadurch das Wohlwollen und die Freundschaft der Arbeitgeber zu erringen, daß er sich zu dem traurigen Voten eines Streifbrecheranwerbers hergab. Dieses Amt entsprach auch ganz seinem Charakter. Es wird untern Leuten noch erinnerlich sein, daß wiederholt festgestellt werden konnte, die Arbeitswilligen würden unter Vorpiegelung falscher Tatsachen dazu verlockt, in Lübeck ihren auskündigen Kollegen in den Rücken zu fallen. Sicherlich spielte hierbei der Agent Burlage eine Hauptrolle. Auch als Zeuge in verschiedenen Prozessen, die sich gegen Streikende richteten und mit harter Beurteilung der letzteren endeten, trat Burlage auf. Man sah ihn dann im Gerichtssaale mit den Arbeitgebern einen Händedruck wechseln; überall wurde ihm in den „staatsbehaltenden“ Kreisen mit ganz besonderer Hochachtung begegnet. Nunmehr hat sich herausgestellt, ein wie tadellos „Grennmann“ dieser Herr Burlage ist, der beispielsweise während des Tischlerstreiks ungefahr einen Wagen, in dem sich Streikende und befreite Arbeitswillige befanden, anfallen, das Geschirr zerbrechen und die Insassen mit einem Revolver bedrohen durfte. Er war damals eben ein nützliches Element. Das sagt alles. Nach Beendigung des Tischlerstreiks hatte der Mohr Burlage keine Schuldigkeit getan und die Arbeitgeber liegen ihn gehen. Vermutlich waren sie froh, daß sie ihn los waren, denn seine technischen Fähigkeiten sollen auch von ihnen nie hochgeschätzt worden sein. Als Burlage so seine Tätigkeit als Streifbrecheragent geendet hatte, ging er wieder zu seinem früheren Berufe als Langgänger über. Dem bevor er es in Lübeck in gutgeimten Kreisen zu Ansehen brachte, war Burlage bereits mehrfach wegen Diebstahls bestraft. In der Nacht zum 14. Dezember v. J. erbrach er in Hauje des Saitwärts Hammeritz zu Vöds das Kellerfenster, krag durch dasselbe ein, erbrach in der Gast-

stube die Kassenschieblade und entnahm aus derselben etwa 20 Mk. Ferner hieß er 50 Zigarren und eine Gänseblutmitgehen. Dieser erfolgreiche Raubzug hat den Burlage anscheinend zu neuen Heldentaten angepornt, denn einige Tage später, am 20. Dezember bohrte er in Verhabe ein Fenster des Gemeindeporkhebers Möller an, stieg ein und stahl aus mehreren Zimmern Kleidungsstücke im Werte von 180 Mk. Bald darauf wurde er erwischt. Am Freitag hatte sich nun die hiesige Strafkammer mit den Verbrechen des „nützlichen Elementes“ zu befassen. B. war geständig, wie aber aus Not gehandelt haben. Das Gericht muß letzteres wohl geglaubt haben, denn es erkannte nur auf eine Gefängnisstrafe, allerdings in Höhe von zwei Jahren. Da nach dem Strafgesetzbuch auf schweren Diebstahl im wiederholten Rückfall zu drei Jahren nicht unter zwei Jahren steht und nur dann, wenn mildernde Umstände vorhanden sind, auf Gefängnis nicht unter einem Jahre erkannt werden darf, so ist das Urteil noch verhältnismäßig gelinde ausgefallen. Uns ist es gleichgültig, wie lange der verfluchte Arbeitswilligenagent unschädlich gemacht wird. Die Hauptsache ist, daß wieder einmal öffentlich ein „nützliches Element“ in seiner ganzen Größe und Tugendhaftigkeit gezeigt wurde. Burlage, der Einbrecher und Fielschmann, der nur um ein Paar dem Zuchthaus entging, in welches ihn der Staatsanwalt wegen Blutschande auf sechs Jahre einsperren lassen wollte, das sind die Vertreter jener Kategorie von Leuten, die besonderen Schutz genießen sollen und die sich der Hochachtung des Bürgertums und der Behörden erfreuen. Die aufgeklärten organisierten Arbeiter wissen und haben es stets gemüht, daß sich Ehrenleute nicht gegen Judaslohn zu Verräterdiensten an ihren Klassenangehörigen hergeben.

An dem Arbeitswilligen-Agenten Burlage, der am Freitag wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu der milden Strafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sollen sich am zweiten Volksfesttage der Former Z. und der Tischler S. tüchtig vergriffen haben. Die beiden Beschuldigten bestritten dies. Trotzdem kam die Strafkammer auf Grund der Aussage des Burlage und seiner Frau zu einer Verurteilung des Angeklagten S. und zwar wurden demselben zwei Monate zubüßet. Für den unbefangenen Zuhörer hatte es nach den Aussagen der anderen Zeugen den Anschein, als ob der Einbrecher B. auch unter Eid nicht immer die Wahrheit gesagt habe. Das Gericht glaubte ihm jedoch und verurteilte S. S. war, was die Sache vielleicht erklärt, streifender Solgarbeiter gewesen.

Dem Bericht des Vereins für Ferienkolonien in Lübeck über das Jahr 1907 entnehmen wir folgende Angaben: Wiederum wurden in drei Kolonien (zweimal je 64 Mädchen im Juni und August und 64 Knaben im Juli) zusammen 192 Kinder nach Travemünde und 30 (im vorigen Jahre nur 20) ins Seebad Oldesloe geschickt. Um das Mißverhältnis zwischen der großen Zahl der angemeldeten und der kleinen der ausgewählten Kinder (i. J. 1906 756 zu 212) zu verbessern und eine gerechte Wahl zu erleichtern, richtete im Frühjahr der Vorstand sowohl an die Hauptlehrer der Volksschulen wie an die Ärzte die Bitte, nur diejenigen Schüler und Schülerinnen für die Ferienkolonien in Vorschlag zu bringen, die vorzugsweise einer Erholung bedürftig seien. Auf Grund dieser Maßregel wurden in diesem Jahre nur 522 Schüler und Schülerinnen unserer Volksschulen (180 Knaben und 342 Mädchen) angemeldet, von denen 86 Knaben und 136 Mädchen berücksichtigt werden konnten, also 42 Prozent gegen 28 Proz. im Vorjahre. Angesichts des höchst ungünstigen Sommers, der an diesen Tagen nicht einmal das Baden in der See erlaubte, muß man befürchten, daß der Erfolg der Ferienkolonien ein minder günstiger sein würde als in früheren Jahren. Das hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Der Bericht der Führer und Führerinnen betont übereinstimmend, daß die Erholung der Kinder nichts zu wünschen übrig gelassen habe und daß auch ein auf das Befinden oder die Stimmung der Kinder ungünstig wirkender Einfluß der Witterung durchaus nicht zutage getreten sei. Noch deutlicher sprechen die Gewichtsresultate, welche den in früheren Jahren erreichten in keiner Weise nachstehen. 64 Mädchen der ersten Kolonie nahmen in vier Wochen um 120 Kilo, auf den Kopf also um 1,8 Kilo zu. Die höchste Gewichtszunahme betrug 3,5 Kilo. 64 Knaben der zweiten Kolonie nahmen in vier Wochen um 115 Kilo, auf den Kopf also um 1,8 Kilo zu. Die höchste Gewichtszunahme betrug 3,75 Kilo. 64 Mädchen der dritten Kolonie nahmen in vier Wochen um 145 Kilo, auf den Kopf also um 2,3 Kilo zu. Die höchste Gewichtszunahme betrug 4,7 Kilo. Auch von den 30 Oldesloer Kolonisten (22 Knaben, 8 Mädchen), die der Erholung durchweg noch dringender bedurften, weil sie zum Teil an schweren streptokokken Haut-, Drüsen- und Knochenentzündungen litten, fehlten 21 geheilt oder wesentlich gebessert zurück. Ihr Körpergewicht hob sich um 59 Kilo, auf den Kopf also um fast 2 Kilo. Die höchste Gewichtszunahme betrug 4 Kilo. Das Betragen der Kinder gab im wesentlichen zu keinen Klagen Anlaß. Durch Rat- und Vorgesetztes vom 20. März 1907 sind dem Verein zu diesem Zweck 13.000 Mk. bewilligt, welche zusammen mit dem am Schluß des vorigen Jahres angesammelten Baufonds im Betrage von 327.74 Mk. voraussichtlich ausreichen werden, um das Haus so weit zu vergrößern, daß es anstatt jetzt 64 künftige für 100 Kinder Unterkunft bietet. Mit dem Bau konnte leider erst im Anfang des September begonnen werden, da die erste Kolonie des Berichtsjahres bereits gegen Ende Mai das Haus bezog und es unweckmäßig erschien, während des Aufenthalts der Kinder mit den Bauarbeiten zu beginnen. Es wurde aber alles soweit vorbereitet, daß der Bau nach der Abreise der letzten Kolonie unverzüglich angefangen und derartig gefördert werden konnte, daß noch am Ende des Jahres der Rohbau fertiggestellt wurde und daß die Benutzung des vergrößerten Kolonistenheims für das Jahr 1908 in sichere Aussicht genommen werden kann. Es wird sich nur fragen, inwieweit die Mittel reichen werden, um die vorhandenen Plätze mit Kolonisten zu füllen. Zunächst hat der Vorstand in Aussicht genommen, eine Volksschule, und zwar von 100 Knaben unter Aufsicht von vier Lehrern, voraussichtlich im Juli anzufangen. Im Juni und August sollen, wie bisher, je 64 Mädchen das Ferienheim beziehen. So würden, abgesehen von den Oldesloer Pflanzungen, anstatt 192 228 Kinder ins Seebad geschickt werden, was mit einer Mehrausgabe von etwa 1200 Mk. verbunden sein wird. Da sich die Einnahmen im Berichtsjahr, wenn auch nicht durch erhöhte regelmäßige Beiträge, so doch durch reichliche Geschenke nicht unerheblich günstiger gestaltet haben, so glaubt der Vorstand zu dieser Mehrausgabe berechtigt zu sein in der Hoffnung, daß es auch in der Folgezeit an regelmäßigen oder einmaligen Beitragsgeldern, denen er auch an dieser Stelle seinen herzlichsten Dank ausdrückt, nicht fehlen werde. Um den Wunsch jedes Volksfreundes, auch aus unbemittelten Volksschichten, ein gesundes Geschlecht heranzuziehen, der Erfüllung näher zu bringen, sind die Ferienkolonien sicherlich eines der hervorragendsten Mittel. Der Kassenbericht lautet in diesem Jahre zufriedenstellend. Zur sind die regelmäßigen Beiträge wiederum von 2932,70 Mark im vorigen Jahre auf 2792,70 Mk. zurückgegangen, so

daß unter Einrechnung des auf 1200 Mk. erhöhten Betrages der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten, sowie der Erträge der Kassen und der Sammelbüchsen mit zusammen 881,23 Mk. an regelmäßigen Einnahmen nur 4873,83 Mk. eingingen, denen an Kosten für Verpflegung der Kinder allein 6388,25 Mk. gegenüberstanden. An einmaligen Geschenken gingen aber so reichliche Gaben ein: 3470,25 Mk. gegen 2039,41 Mk. im Jahre 1906, daß diese Mehrausgabe nicht nur gedeckt, sondern auch der Vortrag um 1611,19 Mk. erhöht wurde. Damit erhöhte sich das Vermögen der Ferienkolonie auf 24043,92 Mk. Der Kaufonds betrug am Ende des Jahres, nachdem eine Abschlagszahlung für gelieferte Bauarbeiter im Betrage von 6000 Mk. geleistet war, 10422,71 Mk.

Handelsregister. Am 8. Februar 1908 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Ernst & Co. in Trems**; Der Kaufmann A. G. Th. Thomßen in Lübeck ist durch seinen am 13. Januar 1908 erfolgten Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden und seine Witwe G. geb. Koch in das Handelsgeschäft als persönlich haftende Gesellschafterin wieder eingetretten und zwar unter Ausschluß von der Vertretung der Gesellschaft; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Lübecker Teer-Produktionsfabrik Gustav Friedrich u. Co. in Lübeck**; Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen; 3. bei der Firma **Bernhard Grewsmühl in Lübeck**; Die Firma ist erloschen; 4. bei der Firma **Otto J. J. J. in Lübeck**; Die dem G. J. J. Ernst in Lübeck erteilte Procura ist erloschen; 5. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Sal. L. Cohn in Lübeck**; Dem J. genannt J. Heimberg in Lübeck ist Procura erteilt; 6. bei der Aktiengesellschaft in Firma **Dresdner Bank in Dresden**, Zweigniederlassung in Lübeck unter der Firma **Depositenkasse der Dresdner Bank in Lübeck**; Der Geheim Kommerzienrat Generalkonsul G. W. Arnstadt in Dresden und der Direktor A. F. Dalchow in Hamburg sind aus dem Vorstände ausgeschieden.

Güterrechtsregister. Am 8. Februar 1908 ist bezüglich der Ehe des Ingenieurs **Friedrich Deike** und seiner Ehefrau **Valerka** geborenen **Fürbörger** in Lübeck eingetragen: Durch Vertrag vom 28. Juli 1905 ist Gütertrennung vereinbart worden.

Genossenschaftsregister. Am 8. Februar 1908 ist bei der **Verensmeierei Nüsse**, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Nüsse eingetragen: Der **Fuhrer J. P. Chr. Dohrendorf** in Nisserau ist aus dem Vorstände ausgeschieden und an seiner Stelle der **Halbhufner F. Meyer** in Nisserau in den Vorstand gewählt.

Vereinsregister. Am 8. Februar 1908 sind mit dem **Sitze in Lübeck** eingetragen: 1) der **Lübecker Zweigverein des Deutschen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen**; 2) der **St. Lorenzverein**.

pb. Kleines Schandfeuer. Am Sonntag morgen gegen 9 Uhr wurde die Feuerweh nach der lichten Querstraße 3 gerufen, wofür ein in der Nähe eines geheizten Feuerherdes aufgehängte Wäsche in Brand geraten war. Das Feuer wurde durch Hausbewohner gelöscht.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus **Patschlaw**, der einem anderen Arbeiter in einer hiesigen Herberge Kleidungsstücke gestohlen hat.

pb. Abhanden gekommene Remontoir - Uhr. Ein hiesiger **Lohnarbeiter** brachte zur Anzeige, daß ihm heute morgen zwischen 5 und 6 Uhr in seiner Wohnung von zwei unbekannten Männern, die ihn von einem Cafe nach Hause begleiteten, seine aus schwarzem Metall gearbeitete **Kavalier-Remontoir-Uhr** und **150 Mk. bares Geld** gestohlen seien. Die beiden hätten **Marine-Uniform** getragen. Es seien aber wahrscheinlich Personen gewesen, die von einem **Maskenballe** kamen.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche ist beim neuen **Gilgutschuppen** ein fast neues **Versennig**, gezeichnet: **Gebrüder Wähler Nr. 20**, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Im Laufe des **Sonabend** vormittags wurden aus einem hiesigen **Schulgebäude** ein neuer **blauer Luchpaletot** mit **Sammetfragen** und **fariertem Futter**, ein neuer, **schwarzer Paletot** mit **Seidenfutter** und ein **grünlich gebeizter Regenschirm** mit **gebogener Krücke** gestohlen.

Stadttheater-Propositorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Zu den beliebtesten Opern gehört **Flotows Martha**, oder **Der Markt zu Richmond**, daher hat die **Direktion** die melodische Oper neu einstudiert und morgen auf den **Spielplan** gesetzt. Die **Damen Neumann, Bonander**, sowie die **Herrn Mark, Tornberger, Rückauf** sind in den **Hauptpartien** beschäftigt. **Mittwoch** wird zum **Einheitspreis** von **50 Pf.** auf jedem **Blag** des **Theaters** zum **letzten Male** das **amüsante Lustspiel** **Der Hypochonder** gegeben. **Donnerstag** **Die weiße Dame** und **Freitag** **Die lustigen Weiber von Windsor**.

Zu Hania-Theater wird diese Woche wieder ein **Gastspiel** des **Stadttheater-Ensembles** stattfinden, und zwar **Freitag** der **Schwank** **Charleys Lancie**. **Wickets** sind bereits im **Vorverkauf** bei **F. Sager, Kohlmarkt**, zu haben.

e. Stockelsdorf. Eine **sozialdemokratische Vereinsversammlung** für die weiblichen Mitglieder findet am **Dienstag** **abend 8 1/2 Uhr** im **Gesellschaftshaus** **F. L. Paetau** statt. **Frau Dr. Schlomer-Lübeck** wird einen **Vortrag** halten **über Wege und Ziele der proletarischen Frauenbewegung**. Es ist die **erste** **Versammlung** dieser Art; **hoffentlich** gehen **insere Frauen** und **erwachsene Töchter** zu dieser **Versammlung**, **so daß** ein **volles Haus** zu erwarten ist.

Kiel. Der **beleidigte Bürgermeister** einen nicht unwesentlichen Erfolg erzielte der **Genosse Wilhelm Beckour** vor der **Kiel** **Strasskammer** mit der **Verurteilung**, die er gegen das am **7. Dezember** v. Js. von dem **Schöffengericht** gegen ihn **erkannte Urteil** eingereicht hatte. **Genosse Beckour** war damals zu **zwei Monaten Gefängnis** verurteilt worden, weil er als **verantwortlicher Redakteur** der **„Schlesw.-Holst. Volksztg.“** in der **Nr. 212** des **Blattes** vom **12. September 1907** den **Bürgermeister Niuss** in **ätheren beleidigt** haben sollte. Der **fragliche Artikel**, überschrieben **„Ein Mädel“**, ist damals von uns **eingehend** **wiedergegeben** worden. **Gegen** das **damalige Urteil** war auch von der **Anklagebehörde** **Einspruch** erhoben worden, weil ihr die **erkannte Strafe** nicht **hoch genug** erschien. **Nach längerer** **Beratung** **erkannte** das **Gericht** **zunächst** auf **Zurückweisung** der **Verurteilung** des **Staatsanwalts**, **unter** **Belastung** der **Staatskasse** mit **den** **dadurch** **entstandenen** **Kosten**. **Der** **Verurteilung** **des** **Beklagten** **wurde** **insofern** **stattgegeben**, **indem** **das** **Gericht** **die** **Strafe** **auf** **einen** **Monat** **Gefängnis** **ermäßigte**. **Die** **Kosten** **sind** **je** **zur** **Hälfte** **von** **der** **Staatskasse** **bezogen**, **dem** **Angeklagten** **zu** **tragen**. **Die** **Ansicht** **des** **Schöffengerichts**, **daß** **der** **Artikel** **einen** **schweren** **Vorwurf** **für** **den** **Bürgermeister** **enthalte**, **sei** **zweifellos** **als** **zutreffend** **anzuerkennen**. **Der** **Satz** **des** **§. 193** **des** **Strafgesetzbuches** **könne** **ferner** **dem** **Angeklagten** **keineswegs** **zugebilligt** **werden**. **Andererseits** **aber** **sei** **nicht** **zu** **verkennen**, **daß** **der** **Angeklagte** **in** **seiner** **Eigenschaft** **als** **Redakteur** **sehr** **wohl** **in** **die** **Lage** **kommen** **könne**, **Artikel** **zu** **veröffentlichen**, **deren** **Einzelheiten** **nicht** **immer** **genau** **nachzuprüfen** **vermöge**.

Neumünster. **Erstickt.** Die **Frau** **des** **Gerberarbeiters** **Rasch** **verließ** **auf** **einige** **Stunden** **ihre** **in** **der** **Brachensfelderstraße** **gelegene** **Wohnung**. **Als** **sie** **zurückkam**, **war** **ihre** **drei** **Monate** **alte** **Kind** **durch** **die** **Dämpfe** **eines** **in** **den** **Ofen** **gestellten** **Milchtopfes** **erstickt**.

Hensburg. **Töblicher** **Unfall.** Die **sechszehnjährige** **Schwester** **des** **Konfuis** **Hollsen** **wurde** **Sonabend** **von** **der** **Strassenbahn** **überfahren** **und** **getötet**.

Hadersleben. **Wir** **Deutsche** **fürchten** **Gott** **und** **das** **dänische** **Nährkülein**. **Wir** **berichten** **vor** **nicht** **langer** **Zeit** **über** **behördliche** **Verfügungen**, **die** **einigen** **dänischen** **Künstlern** **das** **Auftreten** **in** **Nordschleswig** **verbot**. **Später** **sah** **die** **Regierung** **das** **Kleinliche** **eines** **solchen** **Vorgehens** **ein** **und** **hob** **diese** **Verfügung** **wieder** **auf**. **Jetzt** **hat** **die** **Politik** **der** **Nadelstiche** **aber** **an** **einer** **zweifellos** **richtigen** **Stelle** **angewandt**: **Die** **in** **der** **Näheren** **Unterrichtskurse** **einer** **dänischen** **Dame** **in** **Nordschleswig** **verboten**. **Es** **wird** **darüber** **berichtet**: **Dem** **Fräulein** **Nathalie** **Hansen** **aus** **Dänemark**, **das** **seit** **einer** **Reihe** **von** **Jahren** **unbeantwundet** **Näherunterrichtskurse** **im** **nördlichen** **Schleswig** **abhielt**, **die** **sich** **infolge** **der** **anerkannten** **Tüchtigkeit** **der** **Dame** **eines** **großen** **Zufpruches** **erfreuten**, **wurde** **von** **der** **Behörde** **eines** **Verbotens**, **im** **Nordschleswig** **Unterricht** **zu** **erteilen**. **Die** **Dame** **hat** **sich** **deshalb** **entschlossen**, **nicht** **an** **der** **Grenze** **ihre** **Unterrichtskurse** **abzuhalten**, **und** **auch** **weiterhin** **den** **nordschleswigschen** **Mädchen** **die** **Gelegenheit** **zur** **Ausbildung** **in** **Nähen** **zu** **bieten**. **Das** **Verbot** **paßt** **vortrefflich** **in** **die** **Realität** **hinein**. **Das** **Deutsche** **Reich** **durch** **ein** **dänisches** **Nährkülein** **in** **Gefahr**. **Das** **Bild** **ist** **zum** **Totfischchen**. **Die** **nordschleswigschen** **Behörden** **sind** **offenbar** **schon** **mitten** **im** **Karneval**.

r. Oldenburg. **Will** **die** **Mehrheit** **des** **oldenburgischen** **Landtages** **den** **Frauen** **das** **Wahlrecht** **geben**? **Diese** **äußerst** **wichtige** **und** **heute** **aktuelle** **Frage** **spielte** **bei** **der** **Änderung** **des** **Landtagswahlrechts**, **so** **wie** **auch** **bei** **der** **Beratung** **der** **Anlage** **15**: **Änderung** **des** **Gemeindewahlrechts**, **eine** **erhebliche** **Rolle**. **Den** **Anlaß** **hierzu** **gaben** **Petitionen** **vom** **Verband** **für** **Frauenstimmrecht**, **des** **Gemeinderats** **von** **Hant** **und** **des** **sozialdemokratischen** **Zentralverbandes** **für** **das** **Fürstentum** **Lübeck**. **Bereits** **vor** **acht** **Jahren**, **als** **unser** **Genosse** **Hug** **nach** **allein** **als** **Hecht** **im** **Karpenrecht** **im** **Landtage** **war**, **wurde** **diese** **Frage** **bei** **der** **Staatsberatung** **einmal** **aufgerollt**. **Nach** **dem** **oldenburgischen** **Freiheitsrecht** **haben** **die** **Frauen**, **welche** **Grundbesitz** **haben**, **das** **Wahlrecht** **ebenso** **wie** **die** **Männer**. **Und** **mit** **Recht** **wies** **unser** **Genosse** **Hug** **seinerzeit** **darauf** **hin**, **daß**, **wenn** **man** **bei** **uns** **den** **Frauen** **das** **Wahlrecht** **gibt**, **was** **verloren** **auf** **das** **zarte** **Gemüt** **unserer** **Weiblichkeit** **wirken** **könnte**, **man** **sich** **auch** **nicht** **scheuen** **sollte**, **den** **Frauen** **das** **aktive** **und** **passive** **Wahlrecht** **zu** **verleihen**. **Auf** **diese** **Ausführungen** **hin** **fiel** **man** **von** **allen** **Seiten** **des** **Hauses** **über** **den** **Genossen** **Hug** **her**; **man** **fragte**, **wie** **er** **sich** **unterziehen** **könne**, **so** **etwas** **in** **dem** **demokratischen** **Oldenburger** **Landtag** **zur** **Sprache** **zu** **bringen**. **In** **der** **Zwischenzeit** **ist** **diese** **Angelegenheit** **dann** **nicht** **wieder** **zur** **Sprache** **gekommen**. **Der** **Verwaltungsausschuß** **hat** **nun** **seinen** **Bericht** **über** **die** **Petition** **des** **Verbandes** **für** **Frauenstimmrecht** **herausgegeben**, **erstattet** **von** **dem** **Berichterstatter**, **Abgeordneten** **Zeidler-Schwartzau**, **aus** **welchem** **hervorgeht**, **daß** **die** **zu** **Anfang** **dieses** **Artikels** **gestellte** **Frage** **mit** **einem** **klaren** **Nein** **zu** **beantworten** **ist**. **Auch** **wenn** **sich** **im** **Vlenum** **des** **Landtages** **nach** **ein** **ganz** **reißer** **Rabe** **finden** **sollte**, **so** **steht** **denen** **gegenüber** **dann** **doch** **die** **überwiegende** **Mehrheit** **des** **Landtages**. **Für** **die** **Wünsche** **der** **Petenten** **tritt** **ganz** **entschieden** **die** **sozialdemokratische** **Minderheit** **des** **Ausschusses**, **die** **Abgeordneten** **Schulz** **und** **Zeidler** **ein**, **indem** **diese** **beantragen**: **die** **Petition** **der** **Regierung** **zur** **Berücksichtigung** **zu** **überweisen**. **Die** **Regierung** **ließ** **durch** **den** **Minister** **Willich** **auf** **die** **Frage**, **ob** **die** **Regierung** **bereit** **sei**, **den** **Frauen** **das** **Wahlrecht** **zu** **verleihen**, **ein** **unweidweites** **Nein** **antworten**. **Erst** **durch** **das** **entschiedene** **Auftreten** **der** **Sozialdemokraten** **im** **Ausschuß** **wurde** **dem** **Minister** **zu** **weiteren** **Erklärungen** **der** **Mund** **geöffnet**. **Es** **sind** **außerdem** **nach** **zwei** **Anträge** **vom** **Ausschuß** **gestellt**, **einer** **auf** **Überweisung** **als** **Material** **bei** **einer** **eventuellen** **Änderung** **der** **Gemeindeordnung**, **und** **einer** **auf** **Übergang** **zur** **Tagesordnung**. **Der** **eritere** **dieser** **beiden** **Anträge** **bedeutet** **für** **die** **Petenten** **weiter** **nichts** **als** **ein** **anständiges** **Begräbnis** **ihres** **Antrages**, **während** **die** **übrigen** **Abgeordneten** **einfach** **erklären**, **sie** **halten** **die** **Zeit** **für** **nicht** **noch** **erhalten**, **den** **Frauen** **das** **Wahlrecht** **zu** **geben**. **Aus** **allem** **ist** **erichtlich**, **daß** **die** **Mehrheit** **des** **Landtages** **auch** **ferner** **damit** **einverstanden** **ist**, **daß** **den** **Frauen** **wohl** **Pflichten** **aufgelegt** **werden** **(Steuernzahlen)**, **dagegen** **ihnen** **aber** **keinerlei** **Rechte** **in** **Staat** **und** **Gemeinde** **gewährt** **werden** **sollen**. **Mögen** **deshalb** **unsere** **Parteigenossen** **allenthalben**, **insbesondere** **im** **Fürstentum** **Lübeck**, **unentwegt** **agieren** **und** **organisieren**, **damit** **in** **nicht** **allzuferner** **Zeit** **auch** **für** **die** **Frauen** **die** **Stunde** **der** **Befreiung** **aus** **ihrer** **politischen** **Unmündigkeit** **schlägt**. **Hot** **doch** **auch** **der** **nächste** **Landtag** **über** **äußerst** **wichtige** **volkswirtschaftliche** **Frage** **zu** **beraten** **und** **aus** **diesem** **Grunde** **mögen** **es** **sich** **alle** **Proletarier** **angelegen** **sein** **lassen**, **die** **kurze** **Spanne** **Zeit** **bis** **zur** **nächsten** **Wahl** **nach** **zu** **benutzen**, **um** **die** **Staatsangehörigkeit** **zu** **erwerben**. **Tenn** **nur** **die** **Staatsangehörigen** **sind** **wahlberechtigt**.

Letzte Nachrichten.

Berlin. **8. Februar.** **Siebzehn** **Berliner** **Parteigenossen**, **deren** **Personalien** **bei** **den** **Strassendemonstrationen** **am** **10.** **bis** **12. Januar** **von** **der** **Polizei** **festgestellt** **wurden**, **ist** **eine** **Anklage** **gegangen**. **Sie** **lautet** **auf** **Widerstand** **gegen** **die** **Staatsgewalt**.

Berlin. **8. Februar.** **Der** **bekannte** **Berliner** **Banquier** **Sigmund** **Friedberg** **ist** **mit** **Unterlassung** **von** **Pässen**, **die** **auf** **2 Millionen** **Mark** **geschätzt** **werden**, **flüchtig**. **Er** **beschäftigte** **sich** **ausschließlich** **mit** **Hypotheken** **und** **gab** **die** **Zeitschrift** **„Der** **Katgeber** **auf** **dem** **Kapitalmarkt“** **heraus**. **Er** **gründete** **die** **Berliner** **Automobil-Zentrale**, **die** **jedoch** **seine** **Erwartungen** **enttäuschte**. **Auch** **seine** **Verbindung** **mit** **dem** **früheren** **Direktor** **der** **Admiralgartenbad-Altiengemeinschaft**, **Sberbach**, **soll** **ihm** **schwere** **Verluste** **eingetragen** **haben**. **Ob** **strafrechtliche** **Handlungen** **vorliegen**, **ist** **nicht** **festgestellt**.

Wosen. **8. Februar.** **Hier** **tritt** **die** **Genickstarre** **wieder** **auf**. **Von** **fünf** **erkrankten** **Kindern** **sind** **zwei** **gestorben**. **Aus** **dem** **Regierungsbezirk** **Wosen** **werden** **ebenfalls** **zwei** **Genickstarrefälle** **gemeldet**.

Wosen. **9. Februar.** **Vergangene** **Nacht** **entstand** **im** **Hause** **Vorenzstraße** **20** **ein** **Feuer**, **das** **sehr** **schnell** **um** **sich** **griff**. **Eine** **Witwe** **und** **ihre** **einjährige** **Kind** **sind** **erstickt**. **Eine** **andere** **Witwe** **und** **ihre** **zwei** **jährige** **Tochter** **sind** **an** **Glücksvergiftung** **schwer** **erkrankt**. **Weim** **Sprung** **aus** **einem** **Fenster** **des** **zweiten** **Stockes** **wurden** **eine** **Frau** **und** **eine** **27jährige** **Arbeiterin** **schwer** **verletzt**. **Sämtliche** **Verunglückten** **wurden** **in** **das** **städtische** **Krankenhaus** **gebracht**.

Hadersleben. **8. Februar.** **In** **der** **vergangenen** **Nacht** **wurde** **die** **verehelichte** **Iva** **Kraag** **mit** **durchschüttelter** **Rehle** **im** **Bett** **tot** **ausgefunden**. **Der** **Mörder** **ist** **unbekannt**.

Paris. **8. Febr.** **Admiral** **Whitbert** **telegraphierte**, **daß** **sich** **auf** **dem** **Banzerkreuzer** **Jeanne** **d'Arc** **eine** **Kesselexplosion** **ereignete**, **durch** **die** **vierzehn** **Per-**

sonen **verletzt** **worden** **sind**, **darunter** **fünf** **schwer**. **Die** **Jeanne** **d'Arc** **begibt** **sich** **nach** **Tanger**, **wo** **die** **Verletzten** **im** **Krankenhaus** **Aufnahme** **finden** **sollen**.

St. Petersburg. **9. Febr.** **Vor** **einigen** **Tagen** **wurde** **auf** **dem** **hiesigen** **Bahnhof** **der** **Gendarmerie-Unterschlösser** **Bozenow** **verhaftet**. **Vier** **Bomben** **wurden** **bei** **ihm** **gefunden**, **sowie** **eine** **Anzahl** **kompromittierender** **Schriftstücke**. **Daraufhin** **wurden** **noch** **11** **Personen** **verhaftet**. **Bozenow** **und** **die** **11** **Personen** **gehörten** **alle** **zur** **Kampfesorganisation**. **Wichtige** **Dokumente** **wurden** **beschlagnahmt**. **Bozenow** **biente** **eine** **Zettlung** **auf** **der** **Wiborger** **Festung** **und** **stahl** **dort** **Sprengstoffe** **für** **die** **Kampfesorganisation**.

Newyork. **8. Februar.** **Bei** **einer** **Explosion** **in** **den** **Kohlengruben** **von** **Northhead** **auf** **der** **Insel** **Kap** **Briton** **sind** **zwanzig** **Personen** **getötet** **worden**.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker **Marktpreise** **vom** **8. Februar.**
Bauern-Butter **Vfd.** **1,20—1,25** **Mk., Meierei-Butter** **Vfd.** **1,40—1,45** **Mk**

Am Freitag, den 7. Februar 1908, nach kurzer aber schwerer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Heinrich

im 80. Lebensjahre. Tiefbetrübt von den Angehörigen

F. Stegemann und Frau.

Beerdigung Dienstag, d. 11. Februar nachm. 2 Uhr, vom Sterbehause in Krempeisdorf.

Sozialdemokratischer Verein

Stoßelsdorf und Umgebend.

Nachruf.

Am Freitag abend starb unser langjähriges Mitglied

Heinrich Stegemann

in Krempeisdorf. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht der Vorstand.

Erklärung.

Ich bebaure, die Notizen in Nr. 514 und 510 vom vorigen Jahre im lokalen Teile der „Nöb. Anz.“ über die Lübecker Genossenschaftsbrauerei und den Deutschen Transportarbeiter-Verband veröffentlicht resp. inspiriert zu haben und stelle die von mir aufgestellten Behauptungen entsprechend den Erklärungen des Vorstandes des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes hiermit richtig.

Lübeck, 7. Februar 1908.

Joh. Kempke.

Verband der Fabrik-, Land-, Mühl- u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Stoßelsdorf)

Nachruf.

Am 7. Februar 1908 verstarb unser Kollege

Heinrich Stegemann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause (Krempeisdorf) aus statt.

Der Vorstand.

Für die vielen Kranzspenden und Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter Martha sagen allen unsern herzlichsten Dank.

Heinrich Denker und Frau

geh. Steiner.

Gesucht zum 1. April eventuell später ein Mädchen nach dem Lande für Haus- und Landarbeit b. Familienanschluß u. gut. Lohn. Näheres Ludwigstr. 64.



Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg. Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. 1,50 Mk.

Männer- u. Frauen-Sterbekasse „Amicitia“.

General-Versammlung

am Sonnabend, den 15. Februar 1908

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Tages-Ordnung:

Abrechnung vom verfloßenen Jahr 1907, Wahlen, Verschiedenes.

Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Lübeck)

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 11. Februar,

abends 8 1/2 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Gaudionferenz.

2. Stellungnahme zur Bauarbeiter-Schutzkonferenz.

3. Verschiedenes.

Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 12. Februar 1908,

abends 8 Uhr

im Kolosseum:

17. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Solist: Herr Otto Braune (Flöte).

Zur Aufführung kommen u. a.:

Ouverture zu „Don Juan“, W. A. Mozart,

Ouverture zu „Carnaval Roman“, H. Berlioz,

Fantasia a. d. Oper „Aida“, G. Verdi,

„Hummergänger“, Fr. Bian.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Der Ausstoss unseres diesjährigen Bockbieres

beginnt

am Sonnabend, 15. Februar.

Adler-Brauerei.

Aktien-Brauerei Lübeck.

Brauerei H. Lück, Walkmühle.

Hansa-Brauerei, Aktiengesellschaft.

Mit dem heutigen Tage übernehme ich die bisher von Herrn P. Berles geführte

Gast- und Schankwirtschaft Weiter Krambuden 7

und soll es mein Bestreben sein, meinen werten Gästen durch streng reelle und gute Bedienung zufrieden zu stellen.

Fr. Lübbert.

Einladung.

Zur Bildung eines Komitees für die bevorstehende Wahl eines Pastors in der Gemeinde Stoßelsdorf werden sämtliche Wähler zu einer Besprechung am

Donnerstag, den 13. Februar d. Js., abends 8 Uhr

im Lokale des Herrn Tamsen, Juckenburg, eingeladen.

Munck, Hiby, Bruhns.

Verein Deutscher Gastwirtsgehilfen

(Ortsverwaltung Lübeck).

Einladung zum Winter-Vergnügen

(verbunden mit Skappensfest, humoristischen und Gesangsvorträgen)

am Dienstag, den 11. Februar 1908,

im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstraße 25.

Anfang 8 Uhr. Ende morgens.

Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Hierzu ladet ein

Das Komitee.

Achtung!

Selbständ. Barbierere u. Friseure

Oeffentliche Versammlung

heute Montag, den 10. Februar 1908, abends 9 1/2 Uhr,

im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstraße 25.

Tages-Ordnung:

Die Situation in unserem Gewerbe.

Der Vorstand der freien Vereinigung selbständiger Barbierere und Friseure.

Jack's Familien-Musik-Instrumente

Phonographen, Grammophone, Spieldosen, Zithern, Mandolinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.

Verkauf zu Original-Fabrikpreisen.

Musikhaus Jack, Königstraße 96.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter, Fünfhaus 13

Sterbekasse „Die Vertrauliche“ Lübeck.

General-Versammlung

am Mittwoch, den 12. Februar 1908,

pünktl abends 9 Uhr,

im Kriegerzimmer des Bürgervereins.

Tagesordnung: Jahresbericht, Rechnungsablage, Entlastung des Vorstandes, Wahlen, Verschiedenes.

Der Vorstand.

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, erschien soeben:

Frauenleiden und deren Verhütung.

Nebst einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.

Von Dr. J. Zadek.

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Uhrwerke einsetzen 1,50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1,50 Mk.
Jahre Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königsstraße 62, b. d. Harkstraße
Gebe rote Rabatmarken.

Karl Obst, Am Brink 11b.
Reelle und billige Schuhreparatur.
Werkstatt.

Friseur- und Friseur-Kalon von Walter Plath.
Mühlenstraße 19, Ecke Königstraße.
Haarieren 10 Pfg., Haarschneiden 30 Pfg.
Kinder-Haarschneiden: Kurz 15 Pfg., halblang 20 Pfg.
Gute und saubere Bedienung.

Achtung Bauarbeiter!

Bundlegierten-Sitzung
am Mittwoch, den 12. Februar 1908,
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Der Vorstand.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wie treten wir am wirksamsten der Hausarbeit hier am Ort entgegen?

2. Abrechnung vom Arbeitsnachweis.

3. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu der Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

St. Lorenz-Liedertafel.

Bei der Ziehung der Tombola am 9. Febr. 1908 sind folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

20	63	74	93	101	110	145
195	225	245	248	297	298	300
340	374	393	409	417	463	469
573	575	578	582	667	679	690
713	849	852	878	931	955	991
1033	1081	1113	1122	1126	1176	1239
1270	1285	1298	1377	1398	1404	1414
1439	1455	1456	1497	1540	1571	1605
1627	1645	1649	1703	1730	1735	1736
1737	1776	1803	1814	1816	1819	1820
1834	1852	1855	1860	1864	1967	1976
1978	2016	2041	2052	2054	2064	2096
2097	2113	2119	2144	2167	2202	2381
2398	2400	2476	2482	2527	2584	2590
2603	2678	2685	2727	2746	2777	2788
2790	2822	2827	2905	2923	2943	2948
2963	2972	2976	2988	2993	2996	2997
2999						

Die Ausgabe der Gewinne erfolgt am Mittwoch, den 12. Febr. 1908 von 9-10 Uhr abends im Gasthof zum Reuterkrug, später bei J. Niehus, Mittelstr. 4a.

Der Vorstand.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.

Vornehmstes Etablissement

singender, sprechender u. lebender

Photographien.

Täglich

Grosses Konzert

der Hooßbacher Bauernkapelle.

Diese Woche herrliches neues Programm.

Die Tochter d. Reeders,

sensationelles Drama.

Hunde-Variete, reizend.

Die schöne Kontoristin,

u. entzückende Possen.

Die Höllenschmiede,

fantastisches Zauberspiel.

Zwei Pechvögel, humorist.

Flüssige Elektrizität,

sensationeller Trick-Schlager.

Übungen auf dem Schulschiff,

großartiges Bild.

Duett aus Martha, Tonbild

Lustiges Sängerquartett,

Tonbild.

und das grosse Wochenprogramm.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etage,

Ueber Oberammergau

und Kloster Ettal

zum Königshof

Linderhof.

Hansa-Theater.

Freitag, 14. Februar. 8 Uhr.

Einmaliges Gastspiel.

Noch nie dagewesener Vacherfolg.

Charles Zante.

Schwank in 3 Akten von Dr. Thomas.

Vorverkauf ab heute bei Sager, Kohlmart.

Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: L. Plorkowski.

Dienstag, 11. Februar. 7 1/2 Uhr.

96. Abonn.-Vorstell. 20. Dienstags-Ab.

Martha oder Der Markt zu Richmond

Rom. Oper in 4 Akten v. F. v. Flotow.

Mittwoch: Fieber Platz 50 Pfg.

Der Hypochonder.

Donnerstag: Die weiße Dame.

Der Ausbau der staatlichen Versicherung.

Die Stellungnahme der klassenbewußten Arbeiterschaft zur Versicherungsgelehrgebung ist in einem Beschlusse des internationalen Sozialistenkongresses zu Amsterdam 1904 klargestellt. Seine Resolution lautet:

In der Erwägung, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so geringen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Tätigkeit langt, in weiterer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

Die Resolution fordert daher eine wirksame Arbeiterversicherungsgelehrgebung, die den Arbeitern ausreichende Mittel und Hilfe sichert, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten. Sie befiehlt des weiteren:

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherungen durch direkte Steuern vom Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß diese Versicherungsanstalten unter die Selbstverwaltung der Versicherten gestellt und daß für einheimische wie ausländische Arbeiter aller Nationen dieselben Bestimmungen getroffen werden.

Die Resolution spricht von „Arbeitern“, sie gebraucht dieses Wort aber nicht im engsten, sondern im weiteren Sinne und meint damit auch die „Angestellten“. Hiermit stimmt der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitag zu München 1902 überein, der die Versicherungsgelehrgebung des Deutschen Reiches „in keiner Weise den Anforderungen der Arbeiterklasse entsprechend“ bezeichnet und die Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehenden Personen fordert.

Diese Forderung der Arbeiterschaft ist bisher nicht erfüllt worden. Die seit langem in Aussicht gestellte allgemeine Revision und Vereinheitlichung der Versicherungsgelehrgebung ist immer weiter hinaus verzögert worden. Eine Änderung aber hat sich in den letzten 5 bis 6 Jahren vollzogen; die kaufmännischen und technischen Angestellten haben ihren früheren ablehnenden Standpunkt gegen die staatliche Versicherung abgegeben und fordern eine staatliche „Pensionsversicherung“, deren Leistungen weit höher sein sollen, als die der heutigen Versicherungsgelehrgebung. Die Ideen der klassenbewußten Arbeiterschaft haben also auch in diesen bürgerlichen Kreisen ihre Wertekraft bewiesen; allerdings machen sich in den Kreisen der Angestellten künstlich genährte, reaktionäre Strömungen bemerkbar, die auf eine Sonderversicherung für Angestellte hinauslaufen.

Bei den bürgerlichen Parteien, der Regierung und den Unternehmern hat dieser Gedanke der Sonderkasse eine gewisse Zuneigung erfahren. Wir glauben nicht daran, daß jene Kreise angestelltenfreundlich genug sind, um die Wünsche der Angestellten auch nur ungefähr zu erfüllen. Augenscheinlich liegt aber das Bestreben vor, die Verbesserungen, zu denen die Gesetzgebung schließlich gedrängt wird, nur einem möglichst kleinen Kreise der Angestellten zugute kommen zu lassen. Bei einer Sonderkasse für Angestellte würde die große Masse der Arbeiterschaft ohne weiteres von den Vorteilen dieser Neuerung ausgeschlossen sein; das ist der Zweck der Sonderkasse. Die

klassenbewußte Arbeiterschaft wird es freudig begrüßen, wenn die Wünsche der Angestellten auf eine angemessene Versicherung in Erfüllung gehen. Die Arbeiterschaft wird diese Bestrebungen nach Kräften unterstützen, aber sie will auch daran teilhaben. Die Arbeiterschaft muß daher den Gedanken einer Sonderversicherung verwerfen, und zwar auch im Interesse der Angestellten selbst. Denn:

1. da die Begriffe „Angestellter“ und „Arbeiter“ nicht fest abzugrenzen sind und fortgesetzt ein Aufsteigen von Arbeitern in den Kreis der Angestellten und ein Sinken von dem letzteren zu dem ersteren stattfindet, so würden selbst zahlreiche Angestellte in der Unsicherheit schweben, von der Sonderversicherung ausgeschlossen zu werden;

2. die größte Gefahr liegt aber darin, daß die eventuelle Sonderversicherung nicht ausschließlich staatlichen Organen, sondern „Erasinstituten“, nämlich den Geschäftspensionskassen der Unternehmer usw., übertragen wird. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat in seiner Delegiertenversammlung am 28. Oktober 1907 ausdrücklich erklärt:

Der Zentralverband deutscher Industrieller ist bereit, eine reichsrechtliche Zwangsversicherung der Privatangeestellten zu fördern, sofern sich diese Versicherung in ihrer Höhe in angemessenen Grenzen hält, nur die geringer besoldeten Angestellten umfaßt und sofern den einzelnen industriellen Betrieben der Fortbestand und die Neuerichtung von Pensions- und Witwenversorgungskassen als Ersatzinstitutionen der reichsgesetzlichen Zwangsversicherung gestattet bleibt.

Und der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann, der junge Mann des Verbandes sächsischer Industrieller, bezeichnete in der Reichstagsversammlung vom 8. Januar 1908 die in der vorstehenden Resolution bekundete Stellungnahme als die „einheitliche Meinung der deutschen Industrie“. Der Zentrumsabgeordnete Sittart und der konservative Abgeordnete Freiherr v. Richthofen liebgeliebten gleichfalls mit der Zulassung von solchen „Erasinstituten“ — obwohl sich die Schar der deutschen Privatangeestellten fast einmütig entschieden dagegen ausgesprochen hat. Die Privatangeestellten zerfallen in zwei Lager, von denen das eine die Sonderkasse will, während das andere für den Ausbau des allgemeinen Invalidenversicherungsgesetzes eintritt. Aber beide Richtungen sind gegen die „Erasinstitute“, weil sie befürchten, damit bevormundet und in ihrer Freizügigkeit beschränkt zu werden. Wenn gegenüber dieser fast einstimmigen Stellungnahme der Angestellten doch das Unternehmertum und die bürgerlichen Parteien für die Zulassung von „Erasinstituten“ sind, so beweist das, wohin die Fahrt mit der Sonderkasse gehen soll — durch die Sonderversicherung soll erstens bezweckt werden, eine Kluft zwischen Angestellten und Arbeitern zu schaffen, zweitens sollen die Angestellten — unter denen es sich in sozialpolitischer Beziehung mehr und mehr zu regen beginnt — möglichst für immer unter der Fuchel der Unternehmer gehalten werden.

Darum keine Sonderkasse, sondern Ausbau der allgemeinen Versicherungsgelehrgebung für Angestellte und Arbeiter.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Werften beschäftigten Metallarbeiter

hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband statistische Erhebungen veranstaltet, und sie, in einer Broschüre vereinigt, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Solche Erhebungen sind sehr wertvoll, weisen sie doch den Weg an, den die Gewerkschaften zu beschreiten haben, um zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter beizutragen. So heißt es denn auch mit vollem Recht im Vorwort der Broschüre u. a.: „... Die Ergebnisse dürften jedenfalls zur Beurteilung der Lage der Werftarbeiter ihr gut Teil beitragen, sowie bei Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Schiffbau als Richtlinie dienen können.“

Aber die Lage der Werftarbeiter im allgemeinen stellt man in der Broschüre: „Die gemachten Feststellungen lassen den Schluß zu, daß die Verhältnisse des Werftarbeiters keineswegs beneidenswerte sind, daß mit schwerer Arbeit und vielfach langer Inanspruchnahme seiner Kräfte äußerst niedrige Löhne Hand in Hand gehen.“

Nun sind allerdings nicht alle Werften von den veranfahteten Erhebungen berührt worden, sondern in der Hauptsache nur Seeschiffswerften. Aber die für die Arbeiter wenig erfreulichen Zustände auf den von der statistischen Aufnahme erfaßten Betrieben läßt auch einen ziemlich sicheren Schluß ziehen auf die Verhältnisse der übrigen Werften.

In den 28 größten Privatwerften betrug Ende 1905 die Arbeiterzahl 41 051, auf den Reichs-Werften 16 400, zusammen 57 451 Beschäftigte, zu denen noch einige tausend Mann hinzukommen, die auf den kleineren Werften tätig sind. Inzwischen wird indes die Zahl der im Schiffbau beschäftigten Personen auf mindestens 60 000 gestiegen sein. Im Laufe von neun Jahren hat sich die Produktion mehr als verdoppelt, 333 Schiffe mit 208 835 Reg.-Tons im Jahre 1898 stehen 757 Schiffe mit 390 991 Reg.-Tons im Jahre 1906 gegenüber. Die Werften, die als Aktiengesellschaften bestehen, arbeiten mit einem Nominalkapital von rund 85 Millionen Mark. Dieses Kapital hat den Aktionären ein nettes Sümmdchen von Dividenden eingebracht, doch konnten nicht von allen Werften die betreffenden Zahlen beigebracht werden.

Sehen wir uns nun im speziellen etwas die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Werftarbeiter an. Es konnten die Verhältnisse von 24 077 Werftarbeitern auf 32 Privatwerften in 317 Betriebsabteilungen oder Berufsgruppen ermittelt werden. 80 Proz. der von der Statistik erfaßten Personen stehen im Alter von über 21 Jahren und sind als Vollarbeiter zu betrachten. Die bei Neueinstellungen üblichen Anfangslöhne zeigen in den verschiedenen Werften sehr große Unterschiede. Sie schwanken für Arbeiter unter 16 Jahren zwischen 1/2 und 30 Pfg., für Arbeiter von 16 — 18 Jahren zwischen 5 und 45 Pfg., für Arbeiter von 18 — 21 Jahren zwischen 11 und 50 Pfg., für Arbeiter von 21 — 25 Jahren zwischen 21 und 50 Pfg. und für Arbeiter über 25 Jahre zwischen 20 und 50 Pfg. Die niedrigsten Sätze kommen in den Altersklassen bis 18 Jahre hauptsächlich für Lehrlinge in Betracht. Was die Akkordarbeit anbelangt, so ist festgestellt worden, daß bei den erfaßten Betrieben in 205 Abteilungen mit 14 364 Arbeitern gleich 59,6 Proz. eine vorherige Vereinbarung der Akkordpreise stattfindet, während sie in 89 Abteilungen mit 8469 gleich 35,2 Proz. Arbeitern nicht erfolgt. In 22 Werftabteilungen mit 907 Arbeitern wird nicht in Akkord gearbeitet; aus einer Abteilung mit 337 Arbeitern wurde hierüber keine Mitteilung gemacht. Für die statistische Aufnahme des Verbandes schieden demnach 1244 Arbeiter gleich 5,2 Proz. bei der Betrachtung über Akkordarbeit aus.

Die Arbeitszeit war zur Zeit der Erhebungen auf den betreffenden Werften durchgängig eine zehnstündige; nur auf den Nordseewerften in Emden war infolge schlechten Geschäftsganges die Arbeitszeit um eine Stunde

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge. (19. Fortsetzung.)

„Ihr habt mich so sehr überrascht und seid so stürmisch,“ rief sie, die Hand wegnemend, welche er um ihren Leib gelegt hatte.

„Die Liebe ist immer stürmisch,“ sagte er zärtlich; solche Stürme sämftigen sich erst in der Erdringung. Seht, Lätitia, ich habe heute mit dem Könige gesprochen, habe ihm mein Herz offenbart, und gnädig hat er mir zugelangt, Euch morgen schon zu empfangen und der Königin zuzuführen, die unsere Verlobung öffentlich dem Hofe mitteilen wird.“

„Das habt Ihr getan!“ rief sie entsetzt.

„Wollt ich Eurer Einwilligung gewiß war,“ erwiderte er frech und laut lachend. — „O! gebt den mädchenhaften Widerstand auf und zürnt nicht länger. Ich führe Euch in das lustige Leben des Hofes von Wittehall, und Ihr werdet bald die Königin aller Feste sein. Mein schönes Haus in der Dufestraße ist fertig und harret seiner Gebieterin. Nicht in diesem alten finsternen Gebäude sollt Ihr wohnen; nein, in prächtigen, goldglänzenden Sälen mit Statuen und Gemälden geschmückt, mit Brüsteler Teppichen und Tapeten und den herrlichen Spiegeln aus Versailles, die mir der König Ludwig geschenkt hat. — Seht es Euch an, ob ich spart habe; prüft, wie Euch mein Geschmack gefällt, und wo Ihr noch irgend einen Wunsch habt, wo irgend eine Laune es anders will, so befehlt, Ihr seid die unbedingte Herrscherin.“

Lätitia suchte einen Ausweg aus diesen drängenden Erklärungen und mit gewaltsamer Kraft eine Beherrschung, die ihr immer schwerer wurde. — „Lord Jeffreys,“ sagte sie, „hört mich ruhig an, ich bitte Euch darum. — Ich leugne nicht, daß ich in meiner Einsamkeit Zeit genug hatte, vieles zu überlegen, und wie ich von Natur aus zum Nachdenken geneigt bin, habe ich oft auch Eure Absichten erwogen. — Ihr habt es so eingerichtet, daß mir wenig zu wählen übrig bleibt, und sagt mir, es geschehe, weil Ihr mich liebt.“

„Zweifelt nicht daran, Schönste der Schönen,“ rief Jeffreys, „und verzehet meiner Liebe, wenn sie Euch Schmerzen verursacht. Künftig sollt Ihr nur Freude

haben, ich will der Sklave Eurer Launen, der Widerhall Eurer Gedanken, der unermüdete Vollstrecker Eurer Urteile sein.“

„Vollstrecker meiner Urteile!“ erwiderte sie, indem sie in seine spöttisch blinzelnden Augen sah, die nicht von Liebe, sondern von roher Begier glänzten. „Ach! ich denke, Mylord, Ihr seid allzu oft schon der Vollstrecker von Urteilen gewesen, bei deren Erinnerung ich zurückbebe.“

„Denk nicht an die Vergangenheit, Lätitia,“ sagte er, „und was die Zukunft betrifft — wer weiß denn, wie bald sich vieles ändern kann? Ich bin der Lord-Kanzler Englands, der mächtigste Mann in diesem Lande, und mehr mag es sein, man fürchtet mich mehr als man mich liebt, aber laßt die Schäfte fluchen, es träumt sich kein Haar davon. Ich bin, wie Ihr seht, um keinen Zoll magerer geworden, obwohl es kein Übel und keine Verwünschung gibt, die sie mir nicht tausendmal verkündigt hätten.“

„Und Ihr glaubt nicht, daß die Stunde der Erfüllung kommen kann?“

„O! Schätzchen,“ lachte der Kanzler, „ich glaube nichts in der Welt, als was ich sehe und fühle, und darum glaube ich an Dich, Du liebliche Perle, der ich alles zum Opfer bringen will, selbst meine Kanzlerwürde, wenn Du es begehlist. Es ist mein Ernst,“ fuhr er fort, „sie an sich ziehend. Ich bin reich genug, Lätitia. Der König hat mich mit Geld und Gut überschüttet, wie er es mit denen tut, die seine Kunst erwerben. Von dem eingelegenen Vermögen der Hochverräter, die ich zu ruhigen Deuten machte, ist ein guter Teil in meine Hände gekommen; nun habt auch Ihr ein bedeutendes Vermögen, es hängt also ganz von uns ab, uns in irgend eine schöne Einsamkeit zurückzuziehen, um dort ein wonnenvolles, idyllisches Leben zu führen.“

Er wollte sie bei diesen letzten Worten umarmen, aber mit Festigkeit ließ sie ihn zurück, denn ihr Oel war größer in diesem Augenblick als ihre Klugheit.

Mit feinen zuckenden Lippen und wild umherirrenden Blicken kam er ihr wie ein reißendes Tier vor, das sie verschlingen wollte.

„Was zum Henker, mein zärtliches Täubchen,“ schrie Jeffreys, seine Perücke zurechtstreichend, „bist Du noch immer nicht zahmer geworden? Nun, alles wird sich finden, Du wirst mich nicht immer zurückstoßen, wenn ich Dich küssen will. Kommt, Lätitia, ich will Euch führen.“

„Wohin?“ fragte sie erstaunt.

„Nach der Dufestraße. Ihr sollt mein neues Haus sehen.“

„Aber es ist spät am Abend,“ rief Lätitia verwundert. „Ich besitze Fackeln und Diener genug. Geht mir die Hand, ich führe Euch hinauf in den großen Saal, dort erwarten uns einige vertraute Freunde, Lord Gondolfin, der Richter Williams, der Baronet Hamilton und Sir Ralf Herbert, lauter Männer von Ehre und Ruf, denen ich Euch zuerst vorzustellen gedenke.“

„Mich vorstellen?“ rief das junge Mädchen.

„Zum Teufel ja!“ schrie er heftig, und sein Gesicht nahm einen furchtbaren Ausdruck an, der sogleich wieder verschwand. — „Ja, teueres Kind, ich habe es geschworen, allen Deinen Widerstand heute noch zu besiegen, und muß mein Wort halten. — Kommt hinauf, Lätitia, meine holde Braut. Laßt Euch glückwünschend die schönen Hände küssen, wir fahren dann alle nach meinem neuen Palast und weihen ihn ein mit einem kleinen Fest, das Eure Gegenwart verherrlicht.“

„Ich werde nicht gehen,“ sagte Lätitia. „Nein, niemals!“ rief sie, die Hände wie zum Schwur aufhebend, „niemals soll man mich an Eurer Seite erblicken!“

„Wie?“ fragte Jeffreys, sie finstern anstarrend; — „doch Ihr schertzt mit Euren verlebten Verehrer. Was könnte Euch bewegen, jetzt noch so spröde zu sein, da Ihr doch morgen vor dem Könige erscheinen müßt.“

„Vor dem Könige? — Ich werde nicht vor ihm erscheinen.“

„Kleine Lärin!“ rief Jeffreys höhrend, „der König hat mir Eure Hand zugesagt und keine Macht der Erde kann sie mir nehmen.“

„Eher,“ rief Lätitia mit Festigkeit, „soll diese Hand verdorren, ehe ich sie dem Mörder meines Vaters reiche.“

„Wer wird so zornig sein?“ sagte der Lord zwischen Spott und dem Ausbruch seiner brutalen Wut schwankend. „Aber wahrhaftig diese roten Wangen und schwellenden Adern machen Euch noch schöner, teure Lätitia. Das Unvermeidliche muß jeder Mensch mit Ergebung tragen, und seid Ihr erst durch Prüetlerlegen mein, so wird es Euch schon gefallen; ich werde so zärtlich sein, daß Eure Ablegung von selbst kommt.“

„O William!“ rief Lätitia, die Hände auf ihr Gesicht bedeckend.

täglich verkürzt und betrug neun Stunden. Die Arbeitszeit wurde aber, heißt es weiter, in den meisten Fällen nicht eingehalten, sondern durch Überstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit oftmals wesentlich überschritten. Der Zuschlag, der auf den Verlorenen für Überstunden bezahlt wird, beträgt 15 bis 50 Proz. Für Nacht- und Sonntagsarbeit schwankt der Zuschlag zwischen 16 1/2 und 50 Proz.

Was die Organisationsverhältnisse der Werftarbeiter betrifft, so gehören von den 24 077 Werftarbeitern, die an der Erhebung beteiligt waren, 15 072 gleich 62,6 Proz. einer gewerkschaftlichen Organisation an. Nicht organisiert waren 9005 Arbeiter, gleich 37,4 Proz.; leider ein sehr großer Prozentsatz war also noch gewerkschaftlich indifferent. Inzwischen mag sich das Verhältnis wohl etwas gebessert haben. Von den 15 072 Organisierten gehörten 12 400 (82,3 Proz.) den freien Gewerkschaften, 2672 (17,7 Proz.) den christlichen Verbänden und anderen Organisationen an.

Die statistischen Erhebungen haben sich auch auf die Reichswerften erstreckt, und was sie da feststellen, ergibt, daß man es in diesen Instituten nicht mit Musterbetrieben zu tun hat. Auf Grund der Feststellungen sagt die Broschüre auf Seite 36: „Wenn bei Besprechung der Lohnverhältnisse auf den Privatwerften gelaugt wurde, daß der Verdienst zur Bestreitung der zum Leben nötigen Ausgaben in der Mehrzahl der Fälle nicht ausreicht, so trifft das auch bei den Reichswerften zu.“ Und in Betreff der Arbeitszeit heißt es auf Seite 40, daß es der organisierten Arbeiterschaft große Mühe gekostet hat, bis wenigstens teilweise die Neunstundenschicht eingeführt worden ist. Die englischen und französischen Marinewerftstätten haben schon längst die Achtfundenschicht, dort erkennt die Verwaltung auch die gewerkschaftliche Organisation der Staatswerftstättenarbeiter an, verhandelt mit den Gewerkschaftsvertretern über Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft. Bei uns in Deutschland gerieren sich die Verwaltungen der Heeres- und Marinewerftstätten wie die unnahbaren Götter, gerade als ob ihre Gehälter nicht gleich den Arbeitslöhnen aus dem Volkssteuereinkommen genommen würden.“ Dafür marschiert Deutschland wenigstens mit seiner Sozialreform an der Spitze aller anderen Länder weit voraus!

Soziales und Parteileben.

Zur Warnung für ausländische Arbeiter. Mit dem 1. Februar ds. Jrs. sind in Deutschland für ausländische Feld- und Landarbeiter, die aus Rußland, Österreich-Ungarn u. s. w. kommen, bestimmte Legitimationskarten (Zulassungs-Papiere) vorgeschrieben, die geeignet sind, diese fremden Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit noch mehr als bisher zu hindern und ihnen vielerlei Unannehmlichkeiten zu bereiten. Jeder ausländische Arbeiter mag es sich jetzt doppelt und dreifach überlegen, ehe er sich in die deutsche Sklaverei begibt. Zum Zweck der Ausweisung jener Legitimationskarten sind an den russischen und österreichischen Grenzen 29 Grenzämter der deutschen Feldarbeiterzentrale zu Berlin errichtet worden, in denen sprachkundige Beamte auf Grund der fremdländischen Heimatspapiere der Arbeiter Legitimationskarten in deutscher Sprache ausfertigen. Solche Grenzämter sind an folgenden Orten errichtet: Annaberg, Ples, Neubrunn, Groß-Glein, Mählowitz, Rattowitz, Sebnitz, Rosenbergr, Kreuzburg, Wilschütz, Oradow, Neu-Stalmitz, Weichen, Borystowo, Stralkowo, Kruschwitz, Hohenkalin, Thorn, Golling, Erastburg, Jilowo, Cretschburg, Johannisburg, Protiken, Götzhagen, Jüterburg und Tünn. Außerdem ist in Essen eine den Grenzämtern gleichstehende Abfertigungsstelle der deutschen Feldarbeiterzentrale für die Provinzen Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau eingerichtet. Der deutschen Feldarbeiterzentrale (ein agronomisches Agenteninstitut) soll für die Legitimationskarte von den Arbeitern pro Karte die hohe Gebühr von 2 Mk. gezahlt werden. In dem letzten Jahre waren rund 50 000 ausländische Arbeiter in Deutschland beschäftigt. Die Vermittlungsstelle würde bei gleich hohem Import in diesem Jahre also eine Liebesgabe von einer Million Mark für die Ausfertigung von Visen erhalten, welche dem Arbeiter aufgebürdet werden und deren Kosten etwa einen Pfennig pro Stück betragen mögen. Die polnischen Arbeiter sollen rote, die ruthenischen Arbeiter gelbe, die übrigen ausländischen Arbeiter weiße Karten erhalten. Auch die ausländischen Arbeiter, welche sich bereits vor dem 1. Fe-

bruar 1908 in Preußen befunden haben, sollen 2 Mk. für die Legitimationskarte zahlen. Wer unter Umgehung der Grenzämter weiter im Lande in Arbeit tritt, kann durch Vermittlung der Ortspolizeibehörde eine Legitimation von der Feldarbeiter-Zentrale erhalten, hat dann aber eine Gebühr von 5 — fünf — Mark zu zahlen. Die Ministerialanweisung schreibt wörtlich vor: „Diejenigen Arbeiter, welche, ohne im Besitze der Arbeiter-Legitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind und eine solche nach den Bestimmungen . . . nicht erhalten können, sind auszuweisen und in den dazu geeigneten Fällen in der vorgeschriebenen Weise über die heimatische Grenze zurückzuführen.“ Die Ausweisung findet nicht statt, wenn kontraktbrüchige Arbeiter in das aus der Legitimationskarte sich ergebende frühere Arbeitsverhältnis zurückkehren.“ Darüber, ob eine Umschreibung der Karte stattfinden kann, hat der Landrat zu entscheiden. Die Ministerialanweisung schreibt für die Befragung über die Entscheidung die mögliche Anhörung von Vertrauenspersonen der Arbeitgeber (z. B. von Vertrauenspersonen der Deutschen Feldarbeiter-Zentrale und der Berufsvereinigungen sowie bei Bergarbeitern der Revierbeamten) nicht aber die von Vertrauenspersonen der Arbeitnehmer vor. Ist der Landrat der Meinung, eine Umschreibung könne nicht stattfinden, so soll die Ausweisung erfolgen. Daß aber ja nicht etwa einmal ein Landrat sich veranlaßt sieht, zugunsten des Arbeiters dahin zu entscheiden, daß der Arbeiter mit Recht die Arbeitsstätte verlassen hat, hindert beinahe völlig eine dahingehende Vorschrift der Ministerialanweisung, daß der Landrat an eine „schiedsgerichtliche Entscheidung“ gebunden ist. Bekanntlich enthalten die meisten Arbeitsverträge mit Ausländern die Klausel eines Schiedsgerichts, und zwar ist das Schiedsgericht so zusammengelegt, daß selbst bei den größtenteils Vertragsverletzungen durch den Arbeitgeber wohl stets der Arbeiter Unrecht erhalten wird. Hoffentlich hat diese neu-preussische Einrichtung von Sklaventritten gegen ausländische Arbeiter die Wirkung, daß die ausländischen Arbeiter es ablehnen, nach Preußen zu kommen, wo sie fortan so gut wie völlig recht- und schutzlos sein werden. — Die Legitimationskarten für ausländische Arbeiter, die am 1. Februar für Preußen in Kraft getreten sind, sollen nach einer Meldung der „Köln. Zeitg.“ auch von den beiden Mecklenburg, von Oldenburg, Württemberg und Lippe-De-mold eingeführt werden. Dieses Verfahren, das die ausländischen Arbeiter in ein förmliches Hörigkeitsverhältnis versetzt, verfährt gegen die mit Deutschland abgeschlossenen Staatsverträge, die den Ausländern dieselben Rechte wie den Inländern gewähren. Die Legitimationskarte wird an den Grenzämtern der deutschen Feldarbeiterzentrale den ausländischen Arbeitern ausgehändigt, nachdem sie ihre sämtlichen Heimatspapiere abgeliefert haben. Dafür sollen sie obendrein noch zwei Mark entrichten. Bei Arbeitsantritt nimmt der Unternehmer die Legitimationskarte ab, wodurch es den Arbeitern unmöglich gemacht wird, eine Arbeitsstätte ohne Zustimmung des Unternehmers zu verlassen. Zunehmend es dennoch, so sollen sie ausgewiesen werden. Das mögen die ausländischen Arbeiter wohl beachten, ehe sie sich den deutschen Agrariern und anderen Ausbeutern auf Gnade und Ungnade ausliefern.

Scharfe Patrouillen gegen Wahlrechtsdemonstranten. Die Sozialdemokraten gequält werden, geht aus dem Briefe eines in Mühlhausen im Elsaß dienenden Soldaten hervor. Danach müßten die dortigen Soldaten am 26. Januar den ganzen Sonntag über feidmarschmäßig bereit stehen bis Montag früh. Jeder im Besitze von 60 scharfen Patronen. Des Abends bei dem Janfentreich mußte eine ganze Kompanie so kriegsmäßig ausgerüstet die Wache begeben, also auch mit scharfen Patronen. Bekanntlich wurden am 26. Januar in ganz Elsaß-Lothringen Massenversammlungen gegen das indirekte Wahlrecht für ein geheimes, allgemeines und gleiches Wahlrecht abgehalten und gegen die Reichsvereinsgesetzvorlage protestiert. Nach der Verammlung in Mühlhausen zogen dann Tausende von Demonstranten durch die Straßen. Der Soldat gibt nun zu erkennen, daß es ihm, sowie seinen Kameraden gar nicht so gewesen sei, als ob es da etwas zu schießen gäbe, vielmehr war es zum Schieber, die Petrovitz einzelner Vorgesetzter zu beobachten. Schade sei es nur um den schönen Sonntag gewesen. Man erricht daraus wieder einmal, daß der Militarismus an der Quelle schon dafür sorgt, daß die Sozialdemokraten nicht alle werden.

Ein vierstündlicher Extrabeitrag von 10 Pfennig beschloß die Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Dresden-Nordstadt, um einen Wahlfonds zu schaffen. Auch die Wahlkreise Dresden-Neustadt und Dresden-Land wollen diesen Extrabeitrag einführen. In diesen drei Kreisen beträgt der regelmäßige Beitrag pro Woche 10 Pfennig.

Das Muster eines preussischen Verwaltungsterroristen. Am Sonntag, den 2. Februar er., sollte in Liependorf, einem Orte im Kreise Friedeberg, eine Versammlung unserer Partei stattfinden. Es war gelungen, den Wirt zur Vergabe seines Lokales zu bewegen. Vor Jahren hatte im selben Ort schon mal eine Versammlung stattgefunden, später stand das Lokal nicht mehr zur Verfügung. Die Versammlung wurde angemeldet, worauf der Amtsvorsteher dem Einberufer folgendes Schreiben übermittelte:

Neuteich, den 30. 1. 08.
Die Volksversammlung am 2. 2. 08. in Liependorf wird nicht genehmigt, da Zweck und Ziel nicht bekannt ist.

Der Amtsvorsteher, Michersleben ist kein Name, ist also dermaßen geschäftsfundig, daß er annimmt, er habe eine Versammlung zu genehmigen. Weil Zweck und Ziel (Wirt A. schreibt „Ziel“) nicht benannt ist, verbietet er sie einfach. Auf telegraphische Beschwerde beim Landrat wurde der Amtsvorsteher eines Besseren belehrt und er erteilte die Anmeldebefreiung. Zu gleicher Zeit erließ er aber an den Wirt — der seinen Saal hergab, folgenden Erlaß:

Geheim. Neuteich, d. 30. 1. 08.
Erlaube Ihnen die Volksversammlung am 2. 2. 08 nicht abhalten lassen zu wollen.

Der Amtsvorsteher Michersleben.

Durch dieses Schreiben, das der Mann in seiner amtlichen Eigenschaft zeichnete, hat er sich unbedingt eines Mißbrauchs seiner Amtsgewalt schuldig gemacht. Das scheint der gute Herr auch selbst empfunden zu haben, da er das Schreiben mit geheim (sogar doppelt unterstrichen) bezeichnete.

Der neue Mittelstand.*)

Die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands hat ein starkes Anwachsen der technischen Angestellten zur Folge gehabt; die technischen Angestellten machen heute einen weit größeren Teil der Bevölkerung aus als ehemals. Aber nicht nur das; die wirtschaftliche Entwicklung hat auch auf die soziale Lage der Angestellten eingewirkt. Die wirtschaftliche Entwicklung bringt eine immer größere Arbeitsteilung mit sich, und die Folge davon ist, daß an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Angestellten qualitativ die unterschiedlichsten Anforderungen gestellt werden. So finden wir oft in ein und demselben Betriebe technische Angestellte von der höchsten Leistungsfähigkeit bis zu solchen, die sich kaum noch vom gewerblichen Arbeiter unterscheiden. Aber eins ist ihnen mit wenigen Ausnahmen allen gemeinsam, nämlich die dauernde wirtschaftliche Abhängigkeit, und diese teilen sie mit der Arbeiterschaft. Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine nannte die technischen Angestellten am 14. März 1907 im Reichstage „die eigentlichen Führer der Industrie, welche die Arbeiter leiten, während ihre Herren oft fern vom Arbeitsprozeß irgendwo ihre Renten verzehren“, und fuhr dann zutreffend fort:

„Man hat behauptet, diese Schichten stellten eine Art „neuen Mittelstandes“ dar. Das heißt, das der alte, allmählich zugrunde gehende Mittelstand hatte, war, daß er, gleich weit entfernt von übermäßigem Reichtum wie von erbärmlicher Armut, in gesicherten Lebensverhältnissen lebte und deshalb eine sichere und feste Kultur aus sich heraus schaffen konnte, und gerade dies trifft nicht zu auf den neuen Mittelstand. Denn in Wahrheit ist dieser sogenannte neue Mittelstand in seinen Lebensverhältnissen prekärer, unsicherer, als vielfach unter den heutigen Umständen die Arbeiterklasse ist.“

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der technischen Angestellten tragen im wesentlichen denselben Charakter wie die der Arbeiter. Niedrige Entlohnung, größtmögliche Ausnutzung der Arbeitskraft, das sind die Merkmale des Arbeitsvertrages der Angestellten wie auch des der Arbeiter. Im Nr. 13. Jahrg. 1906/07, der „Sozialen Praxis“ schildert Dr. Brunnhuber die Arbeitsbedingungen der technischen Angestellten:

Die Gehälter sind oft unter die Grenze des Existenzminimums, d. h. des für die betreffende Klasse auf der ihr eigenen Kultur nötigen Existenzminimums gesunken. Monatliche Löhne von 70 Mk. für Ausenarbeiter, von 80 bis 90 Mk. für Zeichner, von 100 bis 120 Mk. für akademisch gebildete Ingenieure und Chemiker mit langer,

*) Wir entnehmen diese Ausführungen der 10. oder 11. Auflage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienenen Flug-schrift: „Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schifffahrt und Landwirtschaft.“

„Kauft Ihr ihn!“ schrie Jeffreys. „Kauft ihn so lange Ihr wollt, er wird nicht kommen. Er ist tot, verscharrt, verschuttet in irgend einem Winkel und harret dort des Aufsehens, wo Ihr ihn wiedersehen werdet.“

In diesem Augenblick legte sich eine Hand um Jeffreys' Hals und schürte ihn mit eisernen Klammern zu. Der Schreck des plötzlichen Angriffs lähmte seinen Widerstand; er versuchte sich zu wenden und sah in ein Gesicht, das ihm einen gar geladenen Schrei auspreßte. — Im nächsten Augenblick aber ward er rückwärts zu Boden gerissen, und ehe er einen Arm heben konnte, lag er gebunden, ein Tuch fest um seinen Mund gewickelt und seine Füße zusammengeheftet, der gar zu fürchterliche Mann ein Knäuel, mit dem ein Knub nach Belieben verfahren mochte.

„So“, sagte Burnet, der die Hauptrolle dieses Geschehens mittelst der Schwärze des Bettvorhanges bestrahlt hatte, indem er sich auf den Knien aufrichtete und ein Licht ergriß, mit dem er das blaurote Gesicht Jeffreys' beleuchtete. — „Seht, Lätitia, rafft schnell zusammen, was das Gute ist, und überlaßt es uns, mit diesem hier das letzte Wort zu sprechen.“

„Was wollt Ihr uns?“ rief sie lebend. „Schon sein Leben!“

„Ich werde dem Hente nicht vorgehen“, erwiderte Burnet verächtlich. „Nimm die Hand von seiner Kehle, William, Du erwürgst ihn.“

Er führte Lätitia an die Tür, kehrte dann zurück und hielt dem Kanzler das Licht dicht ans Gesicht. „Seht mich an“, sagte er, als Jeffreys die Augen schloß. „Ich bin es, Gilbert Burnet, der Verfolgte. Den Ihr zu fangen und zu werden geschworen habt, wie Ihr Sidney mordetet, Grey und viele hundert rechtschaffene Menschen. Gott hat Euch in die Welt gesetzt, damit diese erkennen soll, was ein ausgemerktes Werkzeug der Tyrannei vermöge. Gewissenlos, meißelnd, entsetzlicher Mann, wisse, daß Dein Name verflucht sein wird auf Erden von Geschlecht zu Geschlecht. Und wenn Zeiten wiederkehren, ähnlich den jetzigen, wenn Tyrannten den Völkern Recht und Gesetz verdrängen und wenn sie Glauben und Freiheit unterdrücken, heuchlerische Schwärze schwören, Schatzkiste errichten, die Kerker bauen und nach Richtern suchen, die jedweder Willkür sich unterwerfen, dann wird um so fürchterlicher die Erinnerung an Dich und Deine Mordthat anstehen, aber auch die Erinnerung an Dein Ende und an das Ende dieser granzamen,

erbarungslosen Zeit. — Du wirst das Beispiel sein, an welchem Gottes Gericht sich zeigt. Du hast gelebt wie ein Scherz, so wirst Du sterben. Gottes Hand wird richten zwischen jammervoller Tyrannei, Unrecht und Gewalt und den ewigen Rechten der Menschen, die durch Ungehörigkeit wie Du und Deinesgleichen und durch gewissenlose Herren, die kein Recht auf Erden achten in ihres Sodomit-Sünde und Schande, tief erniedrigt und enttäuscht sind.“

Der Kanzler lag regungslos in seinen Banden. William stand vor ihm, die Hand an seinem Dolche, und betrachtete ihn mit glühenden Blüten.

„Fort!“ sagte der Doktor ihn anfassend, „es wird nicht lange dauern, bis ein anderer ihn an der Wader läßt.“

„Er hat sich so sehr nach Lätitias Bett gefehnt“, rief Howe höhnisch, „daß wir ihm die Freunde nicht verlassen wollen, darin zu stehen.“ — Und mit gewaltiger Kraft sank er den schweren Körper des Lords, hob ihn auf und trug ihn auf das Bett in der Wandnische. „Träumt Ihr von allen Herrlichkeiten dieses Vagabunden, edler Lord“, rief er, „träumt von den Reizen meiner Frau. Ihr sollt die Hochzeit feiern helfen, Jeffreys, ihre Fackeln sollen Euch leuchten, wenn Ihr verzweifelt.“ — Er zog die Vorhänge zusammen und eilte mit seinem Begleiter hinaus.

In einem entfernten Teile des Palastes von Whitehall, einem Seitenflügel, der an den Garten ließ, wohnte die Verlobungstochter König Jakobs, die Prinzessin Anna, und hierher führte Doktor Burnet seine Schützlinge, als sie glücklich und eilig auf dem geheimen Wege Jeffreys' düstrem Hause entronnen waren.

„Eid Ihr auch sicher, teuerster Freund“, flüsterte William ihm zu, „daß alles sich so fügen wird, wie Ihr glaubt?“

„Es wird sich fügen“, erwiderte Burnet, folgt nur getraut.“

„Aber die Churchills, ich traue ihnen nicht“, fuhr der junge Mann fort.

„Ich traue ihnen mehr wie mir selbst“, lachte der Doktor. „Gold ist ihre Lösung, Geiz und gierige Laus nach dem rohen Metall, christliche Gewissenlosigkeit nach Macht und Ansehen die Triebfeder ihrer Handlungen. Glaubt Ihr denn, daß Sara Churchill mit den 400 Pfund zufrieden sein kann, die Jakob ihr zuweist, oder daß ihr ewig geldhungriger Mann nicht weiß, daß der Prinz von Oranien Vater genug

für seinen uneinsichtigen Vagen besitzt? Churchill ist ein fähiger Kopf, der eine große Rolle spielen wird. Wir haben ihn in der Tasche, denn er weiß in die Zukunft zu sehen. Seine Frau tanzt wie er pfeift, und nach dieser Pfeife tanzt die Prinzessin. König Jakob wird nächstens eines Morgens aufwachen und Tränen weinen über die Saaten, die er ausgehäet hat.“

Sie waren an eine kleine Hofe des Palastes gekommen und gingen leise zwischen den hohen Büschen der Decken hin, deren liches Gebläse ein Novembestürm abschüttelte. In der Ferne schritten ein paar dunkle Gestalten auf und ab; ihre Waffen klirrten durch die Nacht. — Es waren die Wächtposten, welche das Schloß umringten. — Vorsichtig zog Burnet einen Schlüssel hervor und öffnete die Tür. Eine erleuchtete Treppe zeigte sich, und als sie hinaufstiegen, befanden sie sich in dem Korridor vor dem Zimmer der Prinzessin.

„Ihr seht, ich bin hier nicht fremd“, sagte Burnet wohlgefällig. „Auf diesem Wege habe ich meine teure Freundin Lätitia Freeman erst gestern gesehen. — Ihr müßt doch, William, daß Lätitia Freeman und Lätitia Morley so unzerrenliche Gefährtinnen sind, daß die eine ohne die andere nicht leben kann.“

Burnet sprach aus, was bekannt genug war. Die Prinzessin Anna legte ihren königlichen Rang ab, sobald sie im vertrautesten Kreise mit ihrer über alles geliebten Freundin allein war, und mit idyllischer Geringfügigkeit aller Rangverhältnisse ward sie dann zur Lätitia Morley, die von ihrer zur Lätitia Freeman metamorphosierten ersten Staatsdame behandelt wurde, wie man eine jüngere abhängige Schwester zu behandeln pflegt.

Plötzlich öffnete sich eine Seitentür, wahrscheinlich in Folge der nicht allzu leise gesprochenen Worte, und eine Dame trat halb hervor, die ziemlich erkannt und unwillig auf die felsame Gruppe blickte. — Die beiden Männer in ihren dunkeln Umhüllungen, Lätitia im schwarzen Schleier, der Kopf und Gesicht verhüllte, und die alte Frau Burns, welche sich an ihr festhielt, blühten ihr Schrecken ein.

„Was ist das?“ rief die Dame stolz und gebietend. „Wer seid Ihr? Wer hat Euch erlaubt, hier einzutreten?“

(Fortsetzung folgt.)

häufig unregelmäßiger Arbeitszeit sind nicht vereinzelt, sondern symptomatisch.

Die gewerbliche Arbeiterschaft hat es verstanden, sich durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen mancherlei Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses — Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen — zu erkämpfen. Wenn der Lohn des gewerblichen Arbeiters vielfach den des Angestellten erreicht oder ihn gar übersteigt, so sind das die Erfolge der Arbeitergewerkschaften. Die Angestellten aber sind gewerkschaftlich nicht organisiert; denn fast alle der vorhandenen technischen Vereine, die den Interessengegenstand zwischen Kapital und Arbeit nicht erkannt haben, und deren Verhalten bisher nicht selten offensichtlich von Feindseligkeit gegen die Arbeiterorganisationen zeugte, sind keine Gewerkschaften, sondern Schutztruppen des Unternehmertums.

Nicht im Gegensatz zu den Arbeitern, sondern in Anlehnung an diese müssen sich die Angestellten organisieren, um gemeinsam dem Unternehmertum abzutreten, was es freiwillig niemals gewährt. Ist das „standesgemäß“? Diplomingenieur W. Stiel schreibt zu dieser Frage:

„Wenn die Angestellten ernstlich eine Forderung geltend machen, da besinnt sich das Unternehmertum plötzlich darauf, daß ja der technische Beamte gesellschaftlich dem Unternehmer gleichstehe und müet ihm nun zu, auf eine wirtschaftliche Gleichheit zu verzichten — weil eine solche nicht ohne Kampf mit dem Unternehmertum erreicht werden kann und ein solcher Kampf für den Angestellten „unstandesgemäß“ sei. Der Mangel jeder Logik richtet diesen Einwurf von selbst. . . Nur Unbegriffen oder massiveres Selbstinteresse kann zu der verblüffenden Schlussfolgerung gelangen, daß ein gebildeter Mensch heute so inso die moralische Pflicht habe, sich zeit seines Lebens kümmerlich durchzuschlagen — weil das Streben nach dem Gegenteil nicht standesgemäß sei.“

Das Unternehmertum aber sucht vorzubeugen: es will den Angestellten gar nicht die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation lassen. Wo unter den Angestellten der Gedanke einer rein gewerkschaftlichen Organisation fruchtbar Boden findet, fährt das Unternehmertum mit brutaler Faust dazwischen, um diese Bestrebungen schon im Keimen zu ersticken. Wir erinnern nur an das Rundschreiben des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins gegen die „Bestrebungen zur gewerkschaftlichen Organisation der Techniker wie Maschinenwerkmeister usw.“ und an den Versuch der deutschen Reeder, den „Verein der deutschen Kapitane und Offiziere der Handelsmarine“ zu zertrümmern. Solche Beispiele ließen sich buchstäblich anführen. Ja, nicht einmal eine Vorkaufsfrist soll den technischen Angestellten gestattet sein. Als die kaufmännischen und technischen Angestellten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin 1906 an die Direktion eine Eingabe um Gehaltszulage richteten, wurde dies nicht nur abgelehnt, sondern die Antwort enthielt auch folgende Brüstung der Angestellten:

„Wir wünschen nicht, mit einem unzufriedenen Personal in der Beamtenschaft unserer Gesellschaft zusammen zu arbeiten und sind deshalb bereit, Kündigungen unter Vorbehalt auf entgegenstehende Anstellungsbestimmungen bis zum Jahresabschluss entgegenzunehmen.“

Also eine verdeckte Drohung der Entlassung — das war das Weihnachtsgeschenk auf das Vitzgeluch der Angestellten! Die Verprügelungen, die den Angestellten und Arbeitern von bürgerlicher Seite gemacht werden, kennzeichnete der Abg. Hoch am 11. April 1907 im Reichstag:

„Ich weiß, daß der Einfluß des Großkapitals auf die bürgerlichen Parteien und Regierungen denn doch zu mächtig ist, und daß Sie die Verprügelungen, die Sie jetzt machen, daß der neue Reichstag den Arbeitern endlich das gewähren wird, was ihnen so viel verprochen wird, nicht halten werden, nicht halten können, weil der Einfluß des Großkapitals dagegen steht, weil sie nicht in der Lage sind, den Einfluß des Großkapitals zu überwinden.“

Nirgends tritt diese Tatsache wohl sinnvoller zutage, als bei dem Erfinderrecht. Der Angestellte, der eine Erfindung macht, ist heute so gut wie rechtlos.

„Unser „Patentgesetz“ — so sagte am 18. April 1907 der fränkische Abg. Rothhoff im Reichstage —, ist tatsächlich auch wieder ein fraßes Beispiel für den unsozialen Geist, der unsere Gesetzgebung, namentlich unser Privatrecht, noch durchweht. Wenn ein Streit unter mehreren Leuten entsteht, wenn eine Erfindung gebührt, so sagt unser heutiges Patentrecht ganz klipp und klar: nicht derjenige, der den Geist, den Verstand zu der Erfindung mitgebracht hat, hat den Anspruch, sondern derjenige, der das Geld zur Ausführung mitgebracht hat.“

Damit hat Dr. Rothhoff — er ist Syndikus des Deutschen Werkmeisterverbandes, dies erklärt seine Stellungnahme zum Erfinderrecht — den bürgerlichen Parteien, ohne es zu beabsichtigen, eine Zensur erteilt, die gar nicht schlechter sein kann. Denn wer ist daran schuld, daß „unser Privatrecht von unsozialem Geist durchweht“ wird? Doch die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die im Reichstage stets die Mehrheit hatten.

Den von verschiedenen Weisen technischer Angestellten für das bürgerliche Recht aufgestellten Grundsatz: Technische Angestellte und Arbeiter sind — in materieller und in ideeller Beziehung — Eigentümer der von ihnen herrührenden Erfindungen, vertritt nur die Sozialdemokratie, die bürgerlichen Parteien können das nicht, weil dieser Grundsatz ihrem innersten Wesen zuwiderläuft.

Die Konkurrenzklaukel verbant ihre Existenz nur dem Schutze der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie hat wiederholt auf ein gleichliches Verbot der Konkurrenzklaukel hingedringt und auch Anfang 1907 diesbezügliche Anträge im Reichstage gestellt, bisher jedoch vergeblich. Aber schon beginnt die Großindustrie an Stelle der Konkurrenzklaukel ein noch rücksichtloseres Mittel anzuwenden. Die Industriellen haben vielfach unter sich Abkommen getroffen, Angestellte nur mit Erlaubnis ihres bisherigen Unternehmers zu engagieren.

Das Unternehmertum ist aber in der Knebelung der Angestellten schier unerfindlich. Es bedient sich, um die Notlage der Angestellten auszubuten, auch der Abnahme des Ehrenworts, um den Angestellten zu verpflichten, wucherliche Dienstverträge einzuhalten.

Wovon bezahlt der Unternehmer seine Arbeiter — dieses Wort im weitesten Sinne auf alle die angewandt, die mit ihres Kopfes oder ihrer Hände Arbeit gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind? Wir antworten mit Friedrich Engels: „Vom Kapital natürlich. Aber Kapital bringt keine Werte hervor. Die Arbeit ist, abgesehen von der Erde, die einzige Quelle des Reichtums. Kapital ist nichts als aufgekaufte Arbeitskraft. Daraus folgt, daß die Löhne der Arbeiter aus der Arbeit bezahlt werden; der Arbeiter wird mit seinen eigenen Arbeitsfrüchten entlohnt.“

Das trifft nicht nur auf die handarbeitende Bevölkerung zu, sondern auch auf die technischen Angestellten aller Kategorien. Darum liegt auch das Ziel der Sozialdemokratie nach Bergleichheit der Produktionsmittel, d. h. Übergang der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen in die Hände der Allgemeinheit, im Interesse der technischen Angestellten.

Genossenschaftsbewegung.

Der Vorstand des Verbandes der Rabattsparevereine auf dem Klagewege. Der Verband der Rabattsparevereine Deutschlands scheint seinen vielfachen Methoden der Konsumvereinsbekämpfung eine neue hinzu zufügen zu wollen: Die Privatklage gegen Konsumvereinsvorstände. Er ist damit vorläufig zwar abgefallen, aber schon der Versuch ist so interessant, daß er eine kurze Darstellung des Sachverhalts rechtfertigt. Im vergangenen Jahre waren in Erfurt Flugblätter der bekannten Art von Rabattsparevereinen verbreitet worden, in denen unter anderem den Konsumvereinen Fälschung der Wahrheit, ihren Geschäftsführern Unfähigkeit, den Verwaltungen Unehrlichkeit und Untüchtigkeit vorgeworfen, und schließlich zusammenfassend behauptet wurde, die „Konsumvereinsliche Mach“ bewirke Schädigungen des öffentlichen Vertrauens, Untergrabung des Gefühls von Recht und Billigkeit und Beeinträchtigung der Volksgesundheit durch Lieferung minderwertiger und verdoibener Waren. Das sind sicherlich keine harmlosen Vorwürfe und wenn die Rabattsparevereiner den Wahrheitsbeweis dafür hätten erbringen sollen, so wäre es ihnen schlecht ergangen. Beigegeben waren diesen Flugblättern die üblichen Postkarten mit dem vorgedruckten Text der Austrittserklärung aus dem Konsumverein. Die Erfurter Konsumvereinsverwaltung setzte sich natürlich zur Wehr. Sie beantwortete das Flugblatt des Rabattsparevereins mit einem Flugblatt, das viel kürzer und vor allem auch anständiger war wie das des Rabattsparevereins. Es verfehlte denn auch seinen Erfolg nicht. Der Rabattspareverein erreichte nichts durch sein Vorgehen und kam nun auf die geniale Idee, wegen Verleumdung zu klagen. Aber nicht die Erfurter, gegen die das Flugblatt ausdrücklich gerichtet war, sondern der Vorstand des Verbandes der Rabattsparevereine strengte die Klage an. Er fühlte sich beleidigt, weil das Konsumvereinsblatt das bekannte Wort zitiert hatte: Verleumde nur schön, etwas bleibt doch hängen. Auch die Bezeichnung: Scham- und maßlose Agitation hielt er für beleidigend, und zu guter Letzt erweckte auch die Wiedergabe eines, bei einem Rabattsparevereinsfest in Schmölln gesungenen Verses:

„Zehn Prozentchen schlägt man auf,
Gibt für fünf Marken drauf,
Und das Publikum, wie toll,
Lacht und lebt Sparbäcker voll.“

den besonderen Angriff der zartbelebten Rabattsparevereiner. Wie voraussehen war, miß das Gericht aber die Klage ab. Es beirrt die Legitimation der Kläger zur Klagenanhebung, da das Flugblatt ja gegen den Erfurter Rabattspareverein gerichtet gewesen sei. Die Wiedergabe des Gedichtchens ist überhaupt keine Beleidigung. Wir wollen abwarten, ob der Vorstand des Rabattsparevereins die Empfindlichkeit, die er bei seiner Klagenanhebung bewies, in Zukunft auch bei der Abfassung von Flugblättern gegen die Konsumvereine erkennen läßt.

Industrielle über Konsumvereine. Der Arbeitermangel, der während der Hochkonjunktur den Unternehmern so viel Klagen erweckt hat, ist vom „Rund“ österröcherischer Industrieller“ zum Gegenstand einer Umfrage gemacht worden, deren Ergebnisse nun vorliegen und bei der auch die Mittel angegeben wurden, um die Arbeiter „bodenständig“ zu machen. Als eines der Mittel sollen die Konsumvereine — natürlich nur Fabrikkonsumvereine — dienen. In dem vom „Rund“ verlegten Referate über die Frage heißt es diesbezüglich:

Die Konsumvereine schränken den Detailhandel und bei Einführung von Großverkaufs-Genossenschaften, wie solche in Deutschland und England bestehen, auch den Großhandel ein. Dadurch ermöglchen sie die sehr wünschenswerte Verbilligung der Lebensmittel. Sie bewirken eine Senkung des Standard of life, weil bei billigeren Preisen mehr und besser eingekauft werden kann. An den einmal erworbenen Bedürfnissen wird festgehalten. Konsumvereine heben die Bodenständigkeit, sie erziehen zur Parazählung, steigern Verwaltungsfähigkeit und Verantwortungsfähigkeit der Arbeiterschaft. Aus allen diesen Gründen verdienen sie Unterstützung seitens der Industrie. Es empfiehlt sich vielleicht in vielen Fällen, bei Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse, Konsumvereine durch Arbeitervereine ins Leben zu rufen.“

Ein in Einzelheiten zu berichtendes, im allgemeinen aber zutreffendes Urteil über die Konsumvereine. Doch mehr wie auf Fabrikkonsumvereine trifft es aber auf freie, demokratische Genossenschaften zu. Werden die Industriellen nun eifrig Konsumvereinsgründungen vornehmen?

Aus dem Gerichtssaal.

Ein fauler agrarischer Steuerzahler. Der Ritterguts-pächter Hermann Müller aus Kropfemitz bei Dobeln, ist Mitglied der Steuereinschätzungskommission. Zu diesem Amt scheint er sich aber schlecht geeignet zu haben, denn das Bezirkssteueramt in Dobeln hat erndet, daß Müller sich seit Jahren viel zu niedrig eingeschätzt hat und daß seine Deklarationsangaben falsch gewesen sind. Es ist darum gegen Müller das Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden; er stand jetzt wegen dieses Delikts vor dem Landgericht Leipzig. Das Bezirkssteueramt hat bei der Prüfung der Bücher des Herrn Ritterguts-pächters herausgefunden, daß vom Jahre 1901 an der erzielte Reingewinn der Steuerbehörde falsch angegeben worden ist. Es schien ihr verdächtig, daß ein Ritterguts-pächter nur ein Einkommen von 480 Mark haben sollte, wie es Müller beispielsweise für 1905—1906 angegeben hatte. Doch auch in den Jahren vorher hatte er sich nicht viel höher eingeschätzt. Da eist fiel es der Steuerbehörde auf, daß neben diesen geringen Einkommensverhältnissen das Vermögen dieses Herrn in rapider Weise answoll. Von 1904—05 allein betrug der Vermögenszuwachs 15 600 Mk. Der Steuerinspektor, der als Sachverständiger, und der Steuersekretär, der als Zeuge vernommen wird, haben aus den Büchern festgestellt, daß Müller von 1904—05 einen Reingewinn von 22 910 Mk. und von 1905—06 einen solchen von 16 509 Mk. erzielt hat. Nach Abrechnung aller Abzüge habe er mindestens ein vertheuerbares Einkommen von 9—10 000 Mark gehabt. Vorher hatte Müller die Frage der Steuerbehörde, ob er nach richtigen Grundsätzen Buch führe, verneint. Bei der Beschlagnahme fand man jedoch Wirtschaftsbuch, Lohnbuch, Einnahme- und Ausgabebuch vor. Müller bestritt, die Absicht gehabt zu haben, Steuern zu hinterziehen. Er habe nicht gewußt, wie eine Deklaration zu erfolgen habe, und deshalb habe er die Normalgröße für die Berechnung des Reingewinns zugrunde gelegt. Der Bezirkssteuerinspektor sagt aus, daß den Mitgliedern der Einschätzungskommission vor jeder neuen Einschätzung Instruktionen erteilt worden sind. Unkenntnis könne daher bei Müller nicht gut in Frage kommen. Der Rittergutsbesitzer Raumann in Muggen, der gleichzeitig auch Besitzer des Rittergutes ist, das Müller in Pacht hat, ist von der Verteidigung Müllers als Sachverständiger geladen worden. Er bekundet denn auch, daß nach der Müllerschen Buchführung sich nicht der richtige

Reingewinn feststellen lasse, wie die Steuerbehörde glaube. Der Herr Rittergutsbesitzer tritt gegen den Steuerinspektor in einem ziemlich barockem Tone auf. Auf Anraten Raumanns beschließt das Gericht, den Professor Gomard von der landwirtschaftlichen Fakultät als weiteren Sachverständigen protokolllarisch zu vernehmen. Der Bezirkssteuerinspektor beantragt hierauf, den Herrn Professor auch darüber zu hören, wie er sich die schnelle Vermögensvermehrung Müllers erkläre. Der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Man darf gespannt sein, wie der Ritterguts-pächter Müller, der zweifellos ein guter Patriot und als solcher dem Vaterlande gern Opfer bringt, den Nachweis wegen seines geringen Einkommens führen wird.

Fünf Jahre unschuldig im Gefängnis. Aus München wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange war der Tagelöhner Jelle zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er inzwischen verbüßt hat. Kürzlich gelang es nun, den wirklichen Täter zu ermitteln, worauf ein neues Verfahren eingeleitet wurde, das am Donnerstag mit der Freisprechung Jelles endete.

Klassenjustiz. Die Ratskammer des Mailänder Gerichtshofes beschloß, nach mehrmonatiger Untersuchung alle jene Karabinieri und Schutzmänner, die anlässlich des Gasarbeiterstreiks auf die Arbeiter geschossen haben, freizusprechen, weil sie in „Notwehr“ gehandelt haben, dagegen gegen die Arbeiter, die mit Steinen geworfen haben, die Anklage wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu erheben. — Ganz wie bei uns!

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen wurde von deutschen Gerichten im Monat Januar 1908 auf 4 Jahre, 11 Monate, 2 Wochen und 1 Tag Gefängnis und 2147 Mk. Geldstrafe erkannt.

Aus Nah und Fern.

Fürst Eulenburg gegen Justizrat Bernstein. Fürst Eulenburg hat gegen Justizrat Bernstein-München wegen dessen Äußerungen im Moltke-Garden-Brosch Strafantrag gestellt. Seitens der Staatsanwaltschaft zur Erklärung hierüber aufgefordert, hat Justizrat Bernstein geantwortet: „Nach meiner Auffassung ist ein Verteidiger nicht berechtigt wider besseres Wissen in unlauterer Absicht, oder leichtfertig die Ehre eines Zeugen anzugreifen. Wohl aber hat er das Recht und die Pflicht alles vorzubringen, was ihm nach gewissenhafter Prüfung zur Sache gehörig erscheint. Wenn Fürst Eulenburg behauptet, daß ich über ihn beleidigende, unwahre, strafbare Äußerungen getan habe, so möge er diese Behauptung beweisen. Dem Versuch dieses Beweises sehe ich mit vollkommener Ruhe entgegen.“

Aber einen mysteriösen Überfall auf einen Fabrikanten in Chemnitz werden nachstehende Einzelheiten gemeldet: Als sich der Chef der Garn- und Seidenfirma G. F. Dietrich gegen halb neun Uhr abends noch in seinem Kontor befand, erlitten plötzlich ein 18jähriger unbekannter Putsch und hielt dem Fabrikanten einen Revolver vor, dabei unverständliche Worte murmelnd. Unmittelbar darauf drückte er den Revolver zweimal ab, doch verlagte glücklicherweise die Waffe. Der Überfallene warf sich nun auf den Einbringling, schleuderte ihn in eine Ecke des Kontors und schloß ihn im Zimmer ein, um Hilfe herbeizuholen. Unterdessen brachte sich der Unbekannte zwei Schüsse in den Kopf bei und verwundete sich lebensgefährlich. Er wurde durch die Polizei nach dem Stadtkrankenhaus geschafft, wo er noch während der Nacht starb. In seiner Brieftasche fand man einen Zettel mit folgendem Inhalt: „Liebe Eltern, ich werde mein Glück hier versuchen, um Geld zu erpressen; sollte es mir nicht gelingen, so werde ich auf mich schießen, ich bin nicht wert, Euer Sohn zu sein. Werner nicht um mich, Oskar.“ Die Persönlichkeit des Räubers konnte noch nicht festgestellt werden, doch muß er mit den Gesplogenen des Firmeninhabers vertraut gewesen sei. Der Selbstmörder ist gut gekleidet; am rechten Unterarm befindet sich das Bild eines Manneskopfes und am linken Unterarm das eines Athleten eintätowiert. In seiner Taschenuhr sind die Buchstaben D. K. eingraviert.

Der Hungerkünstler Sacco, der sich während seiner letzten Hungerprozedur durch einen Wärter heimlich Genussmittel hatte zutreiben lassen, stand deswegen unter Anklage des Betrugs vor dem Schöffengericht in Eberfeld. Vor Beginn der Verhandlung erklärte der Ankläger, daß er sich beeinträchtigt fühle, weil er Sacco gegen ein Entree von 30 Pf. während seiner Hungerprozedur besucht habe. Darauf wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Fang einer siebenköpfigen Diebesbande, die monatelang Kassel und Umgegend unsicher machte, ist der dortigen Kriminalpolizei gelungen. Ein ganzes Warenlager von Liebesbeute wurde beschlagnahmt.

Ein schwarzer Schweinehund. Aus Siegsdorf wird der „Münch. Post“ gemeldet: Der Benefiziat Franz Speckmeier hat während seines dreijährigen Wirkens hier fortgesetzt Hunderte von Schulknaben geschlechtlich mißbraucht. Das Tollie dabei ist, daß die Schweinerei schon lange ein öffentliches Geheimnis war. Niemand aber getraute sich, dem schwarzen Kater die Schelle anzuhängen. Ja, bei seiner Abreise wurde ihm noch ein rührender Abschiedsabend gegeben. Nun ist er, wie er seinen Geschwistern schreibt, angeblich auf dem Wege nach Amerika.

Stämmische Heimatskunde. Gründliche völkische Studien scheint ein Schüler getrieben zu haben, den das Journal „Alsace-Lorraine“ in einer gut erfundenen Schnurre aus der Volksschule vorführt. Unter dem Titel „Heimatskunde“ gibt das Blatt ein Gespräch wieder, das die „beiden Bevölkerungen“ des Elsaß nicht überrauscht: Lehrer: „In wie viel verschiedene Stämme teilt man die Bevölkerung Elsaß-Vorbrungen ein?“ Schüler: „Man teilt die Bevölkerung unseres Landes in zwölf verschiedene Stämme ein, und zwar: die Jungelässer, die Altelässer, die Neudeutschen, die Altdeutschen, die jungen Jungelässer, die alten Jungelässer, die jungen Altdeutschen, die alten Altdeutschen, die jungen Neudeutschen, die alten Neudeutschen!“ Lehrer: „Gut! Und welches Prädikat wird am vorteilhaftesten zur Verfertigung des Begriffes diesen Bezeichnungen vorausgesetzt?“ Schüler: „Das Prädikat: „e ch!“ Lehrer: „Sch gut!“

Aber den Meinespaffen von Sextenbeck bei Ganderheim wird noch folgendes berichtet: Der Pastor ist ein Mann, der in arger Weise bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Tugendbold postert. So achtete er mit Argusaugen darauf, daß Bräute, die er zu trauen hatte, und dann unter dem Zeichen des Myrthenkranzes vor den Altar traten, wenn sie diesen auch „würdig“ waren. Und mehr denn einmal hat der geistliche Herr Bräuten, die nach seiner Ansicht nicht würdig waren, in der Kirche selbst den Myrthenkranz vom Kopfe genommen. Vor etwa zwei Jahren richtete der „Lüb. Volksbote“ von einem derartigen Sturmal in der Kirche. Der Pastor hatte wiederum in der Kirche einer Braut den Myrthenkranz abgerissen, worüber der Brautigam einen Ohnmachtsanfall bekam. Bei seinen Rückfragen

auf das verfloffene Jahr pflegte der tugendhafte Herr dann noch wieder über die Unwürdigen zu wahren. So auch Ende 1908 in Dankelsheim, wo er sagte: Eins der im letzten Jahre getrauten Paare habe in Unehren die Kirche betreten. Der Kotsch Jörn bezog das auf seine Tochter und äuferte im Zorn: Der Pastor habe die Kanel angelegen. Daraufhin verlagte ihn Lang. Die Verleibungsfrage endete in zweiter Instanz mit einem Vergleich, der auf der Grundlage geschlossen wurde, daß Jörn die Kosten des Verfahrens, einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen, übernahm. Im Laufe des Prozesses kam zur Sprache, daß in der damaligen Zeit mehrere anonyme Eingaben aus Beckenbeck und Dankelsheim an das Konsistorium gelangt waren, die sich mit der Person des Pastors Lang beschäftigten, und dieser hatte den Verdacht ausgesprochen, daß Kantor Wunstorf der Urheber oder die mittelbare Ursache jener anonymen Schritten sei. Der gegen Kantor Wunstorf eingeleiteten Disziplinaruntersuchung folgte eine Verleibungsfrage zwischen Pastor und Kantor, die noch schwebt. Eine Reihe Bewohner von Dankelsheim und Beckenbeck haben nun anonyme, mit Geldscheinen geklebte Briefe erhalten, in denen sie aufgefordert werden, günstig für Wunstorf auszusagen, so daß jedermann annehmen mußte: Wunstorf sei der Urheber dieser Briefe, die verlockte Verleitung zum Meineide enthielten. Jetzt hat sich zu aller Überraschung nun aber herausgestellt, daß nicht der alte, viel geplagte Kantor Wunstorf die Briefe veranlaßt hat, sondern der Pastor Lang, der so in geradezu teuflischer raffiniert Weise seinen Gegner zu vernichten suchte. Außerdem soll der Pastor auch sein Dienstmädchen, zu dem ihm ehebrecherische Beziehungen nachgesagt sind, zu einer unwahren eiblichen Auslage verleitet haben. Man sieht: Der Pastor Albin Lang ist reif für — die Herrenscheitler, denn ein Pastor, der solche Dinge macht, kann doch nicht günstig normal sein, so daß er bestraft werden könnte.

Goethes unsittlicher Faust. Über ein neues Zeugnis klerikaler Sittlichkeitsbegriffe weiß die „Freie Bayer. Schulztg.“ zu berichten: „Im Lehrerseminar Bamberg.“ schreibt sie, war bisher die Lektüre des „Faust“ nicht verboten. Es ist mit Fug und Recht in Bamberg üblich gewesen, daß alle Lektüre, die in der Literaturgeschichte berührt wurde, in den Arbeitsstunden gelesen werden durfte. Am Sonntag, 13. Dezember, vormittags 9 Uhr, war für sämtliche Seminaristen Gottesdienst und Kommunion vorgeschrieben. Von 7 bis 8 Uhr war, wie üblich, Studierzeit. Diese Zeit ist auch an Kommuniontagen nicht etwa zu Erbauungszwecken, sondern zur Arbeit bestimmt. Während nun andere Mitschüler vor ihren Lehrbüchern brüteten, griff der Seminarist K. an diesem Sonntagmorgen ohne jedes Arg zu Goethes „Faust“. Der vorübergehende Seminarhilfslehrer Feldhauer, ein junger Mann, ultramontan gesinnt, noch nicht lange als „Lehrer-Geizhals“ ins Seminar berufen, der sich noch vor einigen Monaten vor Seminaristen gebrüht hatte, daß er Goethes „Faust“ nicht gelesen habe und den „Faust“ nicht lesen wolle, weil es ein unsittliches Buch sei, entdeckte das Verbrechen und zeigte die Tat sofort dem geistlichen Präfecten Zehnder an. Dieser ließ den zur Kommunion erschienenen Seminaristen in die Sakristei kommen und verbot ihm die Teilnahme an der heiligen Handlung, weil er sich durch die Lektüre des „Faust“ hierzu unwürdig gezeigt habe. In den folgenden Tagen fand ein Lehrerrat statt. Präfect Zehnder soll dabei den Antrag gestellt haben, den Schüler mit der Entlassung aus der Anstalt zu bestrafen. Durch den Entschluß des Vorsitzenden, Seminardirektors Dr. Reber, ist dann nur die Androhung der Entlassung beschlossen worden. Der Schüler soll vorher nicht verhört worden sein. Bei der Mitteilung der Bestrafung wurde er gefragt, ob er „Faust“ als unsittliche Lektüre empfunden habe. Er antwortete mit einem bestimmten „Nein!“ Daraufhin soll Direktor Dr. Reber geäußert haben, dann wäre er schon tief gesunken. Dem Schüler K. aber wurde ins Weihnachtsgesandte geschrieben: „Wegen eines Vergehens am Kommuniontag erhielt derselbe die Androhung der Entlassung.“ — Wir können von unserem Standpunkte nur bedauern, daß der junge Seminarist nicht entlassen worden ist und ihm dadurch Gelegenheit geboten wurde, einen anderen Beruf zu ergreifen, in dem er nicht unter dem Drucke klerikaler Stillsicht steht. Jetzt steht er noch, wie seine Antwort beweist, auf einer höheren sittlichen Warte, wie der würdige Hilfslehrer Feldhauer und der geistliche Präfect Zehnder; wer weiß aber, ob er dann, wenn er noch längere Zeit unter dem Einfluß des sittlichen Feingefühls dieser Pädagogen bleibt, nicht auf dasselbe sittliche Niveau hinabsinkt.

Küchenzettel für Hungerige und Satt. In Plauen herrscht gegenwärtig Arbeitslosigkeit in größerem Umfange. Angehts dieses Notstandes scheint die liberale (N) „Neue Vogtländische Zeitung“ geglaubt zu haben, etwas zur Linderung tun zu müssen. Was sie beisteuerte, war ein Küchenzettel, wahrscheinlich soll es speziell ein solcher für Arbeiter oder Arbeitslose sein. Was da geleistet wird, übertrifft noch die berühmten Hühnerschnecken für Arbeiterkinder. Hier ist dieser Wochenküchenzettel für Blauenische Arbeiter:

Montag: Wasserhuppe mit Kartoffeln und Sering.
Dienstag: Kartoffelschinken mit getrockneten Pilzen.
Mittwoch: Reis ohne Fleisch.
Donnerstag: Grünschnitt mit Sauerkraut.
Freitag: Kartoffelbrei mit Bäckling.
Sonntag: Gingeschnittene gekochte Kartoffeln.
Sonntag: Kartoffelpuffer mit 1/2 Pfund Schweinefleisch für sechs Personen.

Und gerade als um die Arbeitslosen zu verhöhen, bringt die „Neue Vogtländische Zeitung“ kurz vor diesem „Küchenzettel der Arbeitslosen“ einen solchen für die „bürgerliche Küche“, der folgendenmaßen lautet:

Montag: Hahnenrippe, Schweinefleisch mit Bäckling, arme Ritter.
Dienstag: Reissuppe, Kalbsfricandeau mit Blumenkohl.
Mittwoch: Suppe mit Schwemmlöschgen, Schweinslenden mit Kartoffelmus.
Donnerstag: Durchgebratene Wurzelhuppe, Schmorbraten mit Wasserhuppe.
Freitag: Kapensuppe, Hammelnieren aux fines herbes, Ente, gebraten.
Sonntag: Gebrannte Mehlsuppe, Rindfleisch mit Dillsauc, Auflauf.
Sonntag: Suppe, Hummer am Kopf, Fasan mit Sauerkraut, Pudding.

Wenn man diesen Küchenzettel realisieren kann, läßt sich schon leben. Dem Verleger der „N. B. Ztg.“ wäre zu raten, doch auch einmal den ersten Zettel praktisch einige Wochen zu erproben. Er würde dann vielleicht zu ahnen beginnen, wie sich Unterernährung bemerkbar macht.

Tunnel unter dem Großen Belt. Aus Kopenhagen wird der „Post. Ztg.“ berichtet: Im hiesigen Industrieverein hielt Ingenieur Ohrt einen Vortrag über seinen mit großem Interesse aufgenommenen Plan, unter dem Großen Belt einen Tunnel zu bauen, der die Inseln Seeland und Fünen miteinander verbinden würde. Es handelt sich um ein bedeutendes Projekt, indem der Tunnel unter dem Großen Belt mit einer Länge von 18,5 Kilometer einer der größten der Welt sein würde. Ingenieur Ohrt, Angestellter der See- und Eisenbahnen, beschäftigt sich schon lange Jahre mit dem Plan, den er in seinem Vortrag ausführlich be-

sprach. Die Kosten der Ausführung berechnet Ohrt auf rund 25 Millionen. Die deutschen und schweizerischen Tunnelanlagen kosten durchschnittlich 930 Kronen pro Meter. Ohrt rechnet daher für seinen Tunnel 1000 Kronen pro Meter und kommt so zu einer Summe von 18 1/2 Mill. Kronen, wozu er 6 1/2 Millionen für unvorhergesehene Ausgaben, im ganzen also 25 Millionen rechnet. Mit 1500 Mann ließe sich der Tunnel in 5 Jahren bauen. Der Tunnel ist durchschnittlich 20 Meter unter den Meeresboden zu legen, und da der Belt an Stellen eine Tiefe von 60 Metern erreicht, wird man bis zu 80 Meter unter den Meerespiegel hinabsteigen müssen. Ingenieur Ohrt erkennt die unlegbar großen Schwierigkeiten der Ausführung der Arbeit in so beträchtlicher Tiefe, ist aber nach eingehendem Studium aller einschlägigen Verhältnisse zu dem Schluß gekommen, daß der Bau sich sehr wohl ausführen läßt, ohne ein allzu großes Risiko zu laufen. Der Ohrt hält seinen Plan vielmehr für sehr rentabel. Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals wird seines Erachtens nicht annähernd die Höhe derjenigen Summe erreichen, die jetzt schon jährlich für die Unterhaltung der Fährverbindungen aufgewendet wird, und die sich bei der starken Verkehrszunahme jährlich etwa 6 v. D. bald noch bedeutend erhöhen muß. Die Eisenbahnzüge durch Ohrt durch den Tunnel geführt mit Hilfe elektrischer Lokomotiven, die durch ein besonderes Elektrizitätswerk, angelegt in einem Moor auf Seeland, zu speisen wären. Der Tunnel würde die Reise von Seeland nach Jütland um etwa 1 1/2 Stunden abkürzen, und eine weitere halbe Stunde ließe sich gewinnen durch einen Brückenbau über den kleinen Belt zwischen Fünen und Jütland. Ohrt's Vortrag, der u. a. von zahlreichen Reichstagsabgeordneten mit großem Interesse gehört wurde, dürfte Veranlassung geben, daß der Staat eine Prüfung des Plans anordnet.

Auf breuendem Schiff im Schneesturm. Aus Boston wird berichtet: Von dem durch das stürmische Wetter verzögerten White Star-Dampfer „Gymric“ ist eine drahtlose Meldung eingetroffen, die erschütternde Kunde gibt von einem verzweifelten Kampf gegen Feuer, Schnee und Sturm, den die Besatzung des Dampfers „St. Guthbert“ auf hoher See kämpfte, bis sie im Augenblick höchster Not Hilfe und Rettung fand. Am Sonntag nachmittag, inmitten eines furchtbaren Sturms, bemerkte man am Horizont eine dunkle dicke Rauchwolke, und kurz darauf ward ein Schiff gesichtet, das in Brand zu stehen schien. Man nahm sofort Kurs auf das Fahrzeug, und bald konnte man feststellen, daß es die „St. Guthbert“ war, die hier, des sicheren Untergangs gewiß, einen letzten Verzweiflungskampf gegen die Wellen und die Flammen kämpfte. Ein dichter Schneesturm ging nieder, von furchtbarem Hagel gefolgt. An unmittelbare Hilfe war nicht zu denken, es war unmöglich, in dem wütenden Orkan die kleinen Rettungsboote flott zu machen. Kapitän Franch ließ befehlen und verordnete durch Signale die Mannschaft des unglücklichen Fahrzeuges, daß die „Gymric“ dableiben und das Abflauen des Sturmes abwarten würde, um ihnen Rettung zu bringen. Nach furchtbaren Stunden verriethen, das Wetter schien sich eher zu verschlimmern als zu mildern. Drüben drängten sich die Verzweifelten immer enger zusammen; in allen Phasen konnte man den Kampf der Dampfer gegen das Feuer beobachten. Meter um Meter gewannen die Flammen Terrain, drängten weiter, unaufhaltend, und von Stunde zu Stunde verringerte sich die letzte Zufluchtsstätte, auf der eng zusammengedrängt die 35 Überlebenden sich mühsam des Feuers erwehrt. Drüben bemühte man sich, ein Rettungsboot flott zu machen; alle Warnungssignale blieben ohne Erfolg. 15 Männer bestiegen das kleine Fahrzeug, einen Augenblick schien es, als ob das Boot das Unmögliche vollbringen und vom Schiff freikommen würde. Einen Augenblick nur. Eine gewaltige Sturmewoge packte das Boot, hoch hob sie es empor, dann ein Vorstürzen, und krachend und prasselnd zerbarst das winzige Fahrzeug an dem dunklen Rumpf des brennenden Schiffes. Seile wurden ausgeworfen, Rettungsgürtel — umsonst. Nur wenige Momente noch genährten die Seemanns die Köpfe ihrer Kameraden, dann verschwanden sie. Es war vorüber. Endlich konnte man daran denken, den Überlebenden Rettung zu bringen. Ein Wettstreit entstand unter den Matrosen der „Gymric“; jeder wollte der erste sein, der sein Leben für die bedrängten Genossen wagte. Mühsam, unter höchster Kraftanstrengung gelang es, die Boote durch die stürmische See zum „St. Guthbert“ hinüber zu arbeiten. Schon griffen die Flammen mit verdoppelter Wut auf die letzte Stelle hinüber. Die letzten der Unglücklichen vermochten sich auf dem glühenden Verdeck nicht mehr zu halten, und verzweifelt sprangen sie über Bord. Allein es gelang den Booten, alle aufzunehmen und nach stundenlangem Ringen mit der Wut der Wellen an Bord der „Gymric“ zu bringen. Brausende Seegründe empfingen die Geretteten, aber die meisten hatten durch Brandmunden und Frost derartig gelitten, daß sie sofort unter Obhut des Arztes in den Krankenfall getragen werden mußten. Tagelang hatte auf dem „St. Guthbert“ der Kampf gegen das Feuer getobt, bis die Ladung Öl und Spiritus, dem Element die Oberhand gab. Als die „Gymric“ ihren Kurs wieder aufnahm, stand die „St. Guthbert“ vom Bug bis zum Heck in Flammen, und der Widerschein des Feuers leuchtete meilenweit hinaus ins Meer.

Offizielle Berichterstattung. Im Budgetauschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses wurde am 4. d. M. von einem heiteren Stückchen offizieller Berichterstattung erzählt. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter aus Galizien hatte kürzlich im Parlament den Ministerpräsidenten heftig angegriffen. Herr Diamant — so heißt der Abgeordnete — ein Diamant im Naturzustand, ohne parlamentarischen Schliß, warf dem Ministerpräsidenten vor, daß er „Schacher“ treibe, mit Portefeuilles „hausiere“, um unwillige Parteien zu gewinnen, und so weiter, und ließ sich über dieses Thema des breiteren aus. Das „K. K. Telegraphen-Korrespondenzbureau“ aber faßte im Parlamentsbericht, der nach Galizien telegraphiert wurde, den Inhalt der Rede wie folgt zusammen: „Abg. Diamant beschäftigt sich eingehend mit dem Hauserhandel.“

Pensionierte Räuber. Den Räubern scheint es in der Türkei, wenn der „Daily Telegraph“ gut unterrichtet ist, nicht schlecht zu gehen. So lange sie jung und stark sind, gehen sie ihrem Berufe nach, setzen das Land in Furcht und werden berüchtigt. Die Bevölkerung untertüt sie aus Hochachtung oder aus Furcht und die Behörden verfolgen sie nur wenig. Wenn der türkische Räuber aber alt wird, kehrt er sich nach einem ruhigen Leben. Er beginnt dann, mit den Behörden zu feilschen, und setzt es in der Regel durch, daß ihm Pardon erteilt wird und daß er sich friedlich niederlassen kann, wobei er eine monatliche Pension bezieht, die ihn vor dem Hungern bewahrt. Als Beispiel führt der „Daily Telegraph“ den Räuber Teotirji an, der in der Nähe von Smyrna von einer Regierungspension lebt. Da der Regierungspensionär aber noch keineswegs alt ist und außerdem Mitglieder seiner Bande bei sich hat, sind die Mächte bei der Regierung vorzüglich geworden, damit diese ihm einen Wohnsitz zuweist, der ihn weniger in Versuchung bringt, wieder zu arbeiten. — Ein anderer Fall ist der des Mahmud Pelipan, der in der Nähe von Konstantinopel sehr tätig war und viele Morde beging. Eines Tages war er

so unvorsichtig, einen Polizisten zu ermorden. Das nahmen die Behörden übel und sie hingen ihn. Als er nach einer Gerichtsverhandlung ins Gefängnis zurückgebracht werden sollte, sprang er auf den Boden des Wagens, warf den Kutscher ab und fuhr mit dem Wagen davon. Für einige Zeit setzte er sein altes Handwerk fort, kam dann aber in der stöblichen Weise um Vergnügung ein und erhielt eine Anstellung im Palast, wo er heute noch sein soll.

Der Gordische Knoten.

Als der große Alexander Fuhr in Aien herum, Sprachen alle miteinander: König, geh nach Gordium!

Denn dort gibt es einen Knoten, Wie die Welt noch keinen sah, Löst du den mit deinen Hufen, Herrschst Du in Asia.

Und er reiste über Kabul Mit der Militärmasse, Sah den Knoten, zog den Sabul Und zerschritt den dummen Strick.

Und er sprach: „Mein lieber Stangen, Hab ich das nicht brav gemacht? Aber eh' ein Jahr vergangen, War sein Königreich verfracht.“

Sagt: was lehrt nun die Geschichte Dem, der richtig sie verdaut? Knoten macht man nicht zunichte Dadurch, daß man sie verhaut.

Sei es nun der eigne Sabul, Sei es der der Polizel, In Berlin gleichwie in Kabul Ist und bleibt's ne Schweinerei.

Lächelnd fragen sie einander: „Dersicht bei uns der Berserkshah? Sit denn Bülow Alexander? Liegt Berlin in Asia?“

Edgar Steiger im „Eimpl.“

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 2 des 18. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Wir pfeifen darauf! — Der Reichsvereinsgesetzentwurf. Von Luise Zieg. — Die heutige Kinderfürsorge in Staat und Gemeinde. Von Mathilde Wurm. — Gegen die Ausnahmewirtschaft. I. Von Gustav Koch. — Das Ausland im Jahre 1908. Von S. A. — Schularztberichte. VII. Von Dr. Jadel. — Zum Reichsvereinsgesetz. Von G. U. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Halbjahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Frankfurt a. M. — Jahresbericht des Frauen- und Mädchenausbildungsvereins Scheuditz. — Ein Wort zu den Frauengesanoereren. — Ein Opfer des Grimmitschauer Streiks. — Genossin Anna Naack-Dresden. — Politische Rundschau. Von S. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Richtigtstellung. — Notizen: Dienstdotterfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Kindererziehung. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenbewegung. — Endgültige Klarstellung. Von J. Eichholz. — Frau Eichholz zur Erwidrerung. Von Luise Zieg. — Freuleuten: Sturm am Morgen. Von Hermann Lingg. (Gedicht.) — Nährriese. Von Gottlieb Schnapper-Arnold. (Fortsetzung.) — Für unsere Mütter und Hausfrauen: Winternacht. Von Nikol. Lenau. (Gedicht.) — Etwas vom Leben. Von Hannah Dolsch, Zürich I. — „To Du.“ Von L. Reia. (Gedicht.) — Das nervöse Kind. Von O. K. — Hygiene. — Die Mutter als Erzieherin. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Vom „Wahren Jacob“ ist uns soeben die 3. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der Blockflüster“ und „Guten Appetit!“ sowie die weiteren Illustrationen „Der starke Mann“, „Man kann es der preussischen Regierung nie recht machen“, „Der große Reimwitz“, „Wasserdichte Schule“, „Aus Berlin“, „Ein Kinderreit“, „Politische Rechte“, „Die zerfallene Illusion des Blockflüsters“, „Nach dem Genuß der preussischen Wahlrechtspastete“, „Der Weg ins Blaue“, „Die Kolonial-Substanz“, „Die Liebeserklärung des Bankiers“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Der Protest“, „Liman“, „Lafayette“, „Der dekorierte Freimann“, „Reizgedicht“, „Deutschland von heute“, „Der Schupmann Rindfleisch“, „Die feindlichen Flottenbrüder“, „Am 12. Januar 1908“, „Gerecht und Gesund“, „Unverständlich“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das satirische Feuilleton „v. Armin-Schnodderheim an v. Velow-Platenburg“, sowie eine gutachtliche Äußerung des Sachverständigen „Josthilf Plante“ über den Wahlrechtsonntag. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Aus der Jugendbewegung. Von der „Arbeiten der Jugend“, Organ der freien Jugendorganisationen Deutschlands, ist soeben die Februar-Nummer erschienen. Verlag: Berlin O. 2, Stralauerstraße 13/14. Jahresabonnement 1 Mk., in Partien billiger. Aus dem Inhalt sei erwähnt: Gerechter Lohn für gerechte Arbeit, von Friedrich Engels. — Die Jugendbewegung des Auslandes: VI. Niederlande, Italien, Spanien. — Der Einfluß der freien Jugendorganisationen auf die fachmännische Auszubildung der Lehrlinge. — Eine wüste Hege gegen unsere Vereine. — Christliche Erziehungsmethode. — Unsere Arbeit nachahmen. — Von der Fortbildungspflicht. — Hygienische Bedenken gegen den Genuß alkoholischer Getränke. Von Heinrich Quensel. — Die Entwicklung der Gewerkschaften im Jahre 1907. — Winternacht. Gedicht von Gottfried Keller. — Die Blinden. Von Heinrich Scharrerlmann-Bremen. — Vereins-Nachrichten. — Vereins-Veranstaltungen. — Briefkasten.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Arbeiter Volksheims“